



Wortprotokoll

Der 328. Sitzung vom 16. September 1983

Resoconto integrale

della seduta n. 328 del 16 settembre 1983

VIII. Legislatur
VIII Legislatura
1978 - 1983



CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 328. SITZUNG
16.9.1983

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 247/83: **"Modifiche all'ordinamento urbanistico provinciale ed alle leggi sull'edilizia agevolata"**

INHALTSANGABE

Landesgesetzentwurf Nr. 247/83: **"Abänderungen des Landesraumordnungsgesetzes und der Gesetze über den geförderten Wohnbau"**

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

GIUSEPPE SFONDRINI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 9.55 UHR
(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta é aperta.
Prego dare lettura del verbale della 327. seduta.

PETERLINI (Sekretär - SVP): (Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale é approvato.

Hanno giustificato la loro assenza gli assessori Ferretti ed Oberhauser.

Continuiamo con la trattazione del disegno di legge provinciale n. 247/83: **"Modifiche all'ordinamento urbanistico provinciale ed alle leggi sull'edilizia agevolata"**.

Landesgesetzentwurf Nr. 247/83: **"Abänderungen des Landesraumordnungsgesetzes und der Gesetze über den geförderten Wohnbau"**.

Dó lettura dell'ordine del giorno n. 4, presentato dal consigliere Lunger:

Il sottoscritto consigliere provinciale della PDU, dott. Hans Lunger, premette che già da anni é prevista dalla legge provinciale (art. 2 della legge provinciale n. 15/72, lettera k), la concessione di contributi annuali ad affittuari meno abbienti quale integrazione dell'equo canone.

Come purtroppo si é rivelato, siffatta disposizione é stata applicata solamente in casi molto rari, il che evidentemente é dovuto anche alla mancanza di informazione fornita ai cittadini. Appare pertanto necessaria una più intensa informazione della popolazione sulle possibilità di cui sopra.

Un tanto premesso, il sottoscritto chiede al Consiglio provinciale di voler deliberare quanto segue:

Il Consiglio provinciale incarica la Giunta provinciale:

- 1) di svolgere entro il mese di ottobre 1983 una dettagliata campagna di informazione tramite tutti i mass-media sulla possibilità sopra indicata relativa alla concessione di contributi annuali ad affittuari meno abbienti;

- 2) di inviare a tutti i Comuni un opuscolo informativo nonché di invitare i medesimi ad affiggere lo stesso in pubblico;
- 3) di far pervenire al Consiglio provinciale entro la fine di settembre 1983 i dati relativi ai contributi fino a tutt'oggi concessi.

Der unterfertigte PDU-Landtagsabgeordnete Dr. Hans Lunger schickt voraus, daß bereits seit Jahren vom einschlägigen Landesgesetz (Art. 2 des Landesgesetzes Nr. 15/72, Buchst. k) die Gewährung von Jahresbeiträgen an einkommensschwache Mieter vorgesehen ist, und zwar zur Ergänzung des angemessenen Mietzinses.

Wie sich leider gezeigt hat, wurde diese Bestimmung in ganz seltenen Fällen angewandt, bzw. in Anspruch genommen. Dies liegt offensichtlich auch an mangelnder Information der Bürger. Daher erscheint eine verstärkte Aufklärung der Bevölkerung über diese Möglichkeiten unbedingt notwendig.

Dies vorausgeschickt, beantragt der Unterfertigte, daß der Südtiroler Landtag folgende Beschlüsse fassen möge:

Der Landtag beauftragt die Landesregierung:

1. Innerhalb des Monats Oktober 1983 eine umfassende Aufklärung in allen Massenmedien über die oben erwähnte Möglichkeit der Gewährung von Jahresbeiträgen an einkommensschwache Mieter durchzuführen.
2. An alle Gemeinden eine Aufklärungsschrift und die einschlägigen Formulare zu schicken und dieselben zu ersuchen, die erwähnte Aufklärungsschrift öffentlich anzuschlagen.
3. Dem Landtag die Daten über die bisher diesbezüglich gewährten Beiträge bis Ende September 1983 zu übergeben.

La parola al consigliere Lunger.

LUNGER (PDU): Geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Bekanntlich wurde diese Bestimmung, nämlich Wohnbaubeihilfe für bedürftige Mieter, die auf dem freien Markt eine Mietwohnung haben müssen, schon lange in unserem Gesetz, zuerst vom Staatsgesetz, dann von unserem Gesetz vorgesehen. Bereits früher einmal im Zusammenhang mit der Diskussion einer Änderung des Wohnbaureformgesetzes wurde von mir diese Frage aufgeworfen. Damals hat sich dann herausgestellt, daß in ganz Südtirol kein einziger Mieter angesucht hat. Nun, jeder, der die Situation kennt, weiß ganz genau, daß sicher viele in der Lage wären und die Voraussetzungen hätten, um diesen Beitrag zu bekommen, daß aber offensichtlich wegen äußerst mangelnder Information und wegen des unglaublichen Chaos, das auf dem ganzen Gebiet der Gesetzgebung ist, so wenige oder niemand damals angesucht hat. Es ist dann damals etwas bekanntgemacht worden, aber wie die Kollegin Franzelin vor mehreren Monaten einmal hier gesagt hat, sollen es im letzten Jahr, wenn ich mich recht erinnere, sollen im letzten Jahr etwas mehr als 20 insgesamt angesucht haben und es sollen ein, zwei Dutzend berücksichtigt worden sein, genau kann ich mich nicht mehr erinnern, offizielle Daten wurden uns vom zuständigen Landesrat nie mitgeteilt, wie

erwähnt, auch die Rundschreiben seit zwei Jahren nicht mehr an die Landtagsabgeordneten verteilt werden, denn ich glaube nicht, daß an die Gemeinden keine gemacht worden sind vom zuständigen Assessorat, von den verschiedensten Ämtern. Wir haben seit etwa zwei Jahren keine mehr gesehen, obwohl ein klarer Beschluß des Landtages hier ist, aber das scheint den Landesrat nicht viel zu kümmern in seiner Einstellung, so auch hier, wirkliche Daten an den Landtag sind hier über diese Beihilfen nicht gegeben worden. Jedenfalls, ich kann mich nicht erinnern. Habt ihr da einmal offizielle Daten bekommen? Es kann sich keiner erinnern. So daß jedenfalls dieses Gesetz, diese Bestimmung, diese Möglichkeit nicht vollständig toter Buchstabe, aber doch zu einem Großteil noch, wenn eben nur einige wenige, ein gutes Dutzend in einem Jahr zum Zuge kommt. Deswegen bin ich der Meinung, daß hier eine verstärkte Aufklärung, eine verstärkte Information einfach unbedingt notwendig ist, denn gerade auch diese Möglichkeit ist geeignet, um vielen Familien auf dem schwierigen Gebiete der Wohnung zu helfen. Deshalb diese meine Tagesordnung.

BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, geförderten Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Der Abg. Lunger vergißt systematisch, was hier im Landtag gesagt worden ist oder was ich erst am vergangenen Dienstag dazu gesagt habe; was ihn unangenehm berührt, das nimmt er nicht auf.

In diesen Änderungen, die jetzt behandelt werden sollen, wird das Ausmaß der Wohnung pro Person, für welches das Wohngeld gezahlt werden kann, erhöht, es wird den Maßstäben der Volkswohnung irgendwie gleichgesetzt, so daß in dieser Hinsicht, sofern das Ausmaß der Wohnung ein Hindernis gewesen sein sollte, dieses Hindernis jetzt wegfällt, aber es fällt nicht im Monat Oktober weg, sondern es fällt weg, sobald das Gesetz in Kraft getreten sein wird, so daß man über diese Änderung so lange nicht in den Massenmedien etwas sagen, so lange nicht propagieren kann, solange es nicht in Kraft ist.

Ich habe gesagt und ich glaube, daß dieses Ausmaß, das vom Staatsgesetz übernommen worden ist, um diese Belastung auch in Grenzen zu halten, daß nicht jemand, wenn eine Einpersonenfamilie oder eine Zweipersonenfamilie eine 110-m²-Wohnung bewohnt, was sie tun kann, wofür sie auch einen Beitrag erhalten haben könnte, daß man nicht in diesem Fall das Wohngeld zahlt, eine Zwei-Personen-Familie bewohnt eine 90-m²-Wohnung. Aber daß dann das Wohngeld nicht richtig ist und nicht gerecht ist, sondern daß das Wohngeld nur dann gerecht ist, wenn sie die angemessene Fläche bewohnen, aber nicht eine für sie, für ihre Zahl übermäßige Fläche. Ich glaube, das Haupthindernis hat darin bestanden, daß eben hier verlangt wird, daß man mit einem Vertrag kommt, daß man mit einem regelrechten Mietvertrag kommt, der gemäß Gesetz über den gerechten Mietzins abgeschlossen worden ist. Ich glaube, da fehlt es am meisten, ich glaube, das ist das Haupthindernis. Dieses Hindernis, an der Bedingung können wir nicht rütteln, daß es einen regelrechten gemäß Gesetz verfaßten Mietver-

trag braucht. Da muß ich noch sagen, es ist bereits über die Massenmedien gesagt worden, auch weil man sich hier im Landtag gewundert hat, warum so wenig, warum insgesamt bisher nur, bis 1. Juli 1983, Mietbeträge genehmigt worden sind, 2.797.284. Ich habe gesagt, das ist fast lächerlich. Warum? Es ist über die Massenmedien das Vorhandensein dieser Wohngeldmaßnahme, der Wohngeldbestimmung ist immer wieder gebracht worden. Zu Beginn hatten wir vorgesehen, daß es genügt, wenn man zur Gemeinde geht, den Vertrag zur Gemeinde bringt, die Gemeinde stellt fest, ob der Vertrag entspricht, ob die Voraussetzungen da sind. Wir haben es dann abgeändert, weil sich herausgestellt hat, daß man in den Gemeinden diese Bürde, diese Last, diese Verantwortung nicht übernehmen will, festzustellen, der Vertrag ist nicht in Ordnung oder die Ausmaße sind nicht in Ordnung und daher hast Du kein Anrecht auf das Wohngeld usw. Den Gemeinden war es nicht angenehm, diese zusätzliche Aufgabe zu übernehmen und wir haben es dann zurückgenommen und haben gesagt, wer Wohngeld haben will, der scheut nicht eine Fahrt zum Amt nach Bozen, um dort ein für allemal zurechtzukommen und auch zu erfahren, ob er zugelassen werden kann oder nicht. Ich bin deshalb der Ansicht, daß es keinen Sinn hat, Aufklärungsschriften anzuschlagen oder bei Gemeinden auszuhängen. Wir wissen, wieviel Notiz genommen wird von diesen Anschlägen oder ausgehängten Dingen. Es ist ja so, daß an sich, wenn es irgendeinen Beitrag gibt, irgendeine Förderung gibt, sich das schon ohne Berieselung der Massen herumspricht, wenn es eine Förderung gibt, die eben leicht erreichbar ist. Aber aufgrund der Erfahrung, die ich habe, immerhin seit 1948 behaupte ich, daß sich solche Förderungen, die nicht abgestellt sind auf spezialisierte Voraussetzungen, solche Förderungen sich schon herumsprechen, abgesehen davon, daß immer wieder, sowohl in den Zeitungen als auch in den anderen Medien davon die Rede war. Wir erwarten uns, daß durch diese Abänderungen das Ausmaß praktisch eben so erweitert ist, daß es kein Hindernis mehr darstellen sollte. Es bleibt dabei, daß es einen regelrechten Vertrag braucht, daß es schon sich auswirken sollte, es sei denn, daß nach wie vor, solange die Gesetzgebung über den gerechten Mietzins nicht geändert wird, daß nach wie vor die Mieter und Vermieter eben davor zurückschrecken, einen regelrechten Vertrag abzuschließen, in den meisten Fällen, so daß meiner Ansicht dieser Antrag derzeit eben gegenstandslos ist.

LUNGER (PDU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte da nur darauf hinweisen, wenn Landesrat Benedikter meint, bis Ende Oktober sei das Gesetz noch nicht in Kraft und meine Angabe, bis Ende Oktober soll das Rundschreiben gemacht sein, dann kann man das natürlich um einen Monat verlängern, wenn das Gesetz bis dahin wirklich nicht in Kraft sein sollte, was mich sehr wundern würde.

Landesrat Benedikter gibt selber zu, daß die bisher ausbezahlten Beträge, Wohnungsbeihilfen lächerlich sind, ein bißchen über zwei Millionen bis Ende Juni. Sie haben dann gemeint, in vielen Fällen würde der formelle Mietvertrag fehlen. Nun, ich glaube aber nicht, daß das überall

ist, denn in vielen Fällen werden solche Mietverträge schon auch gemacht. Es werden solche Fälle auch sein, aber trotzdem, das Ganze hat nicht funktioniert bisher und jetzt wird anscheinend wieder eine Änderung gemacht des Gesetzes. Mit einem Wort, das ganze Gesetz, so gut es gemeint war und so wertvoll und nützlich es wäre, es...

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

MATHIAS LADURNER-PARTHANES

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Herr Abg. Lungner, entschuldigen Sie bitte einen Augenblick. Ich habe jetzt festgestellt, daß bei der Behandlung von Tagesordnungen keine Replik möglich ist. Nachdem Sie aber das Wort haben, ersuche ich Sie, ganz kurz zu sein.

LUNGER (PDU): Gut. Also, Sie haben irgendwie selber zugegeben, das Gesetz hat nicht funktioniert, die Beiträge waren lächerlich, die Höhe oder das Gesamtausmaß, in dem das Gesetz zum Tragen gekommen ist. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, daß ein ganz wesentlicher Teil der mangelnden Information zuzuschreiben ist. Wenn Sie weiters sagen, die Gemeinden wollten da die Sache nicht übernehmen, wobei die Gemeinden die Situation am besten kennen würden, dann muß ich sagen, die meisten Gemeinden werden von SVP-Leuten geführt und es ist wirklich eigentlich ein schlechtes Zeichen, daß in solchen Fällen, wo dem Volk am meisten gedient werden könnte, die Gemeinden sich weigern, die Sachen zu machen.

PRÄSIDENT: Ich bringe diese Tagesordnung zur Abstimmung: mit 5 Ja-Stimmen, einer Stimmenthaltung und dem Rest Neinstimmen ist die Tagesordnung abgelehnt.

Tagesordnung Nr. 5, eingebracht durch die Abgeordneten Franzelin-Werth und Achmüller:

Am 10. Juli 1983 hat ein Unwetter in einigen Wohngebieten Brunecks schwerste Schäden verursacht.

Nach den Aufräumungsarbeiten waren durch die Gemeinde nur notdürftige Maßnahmen ergriffen worden, die aber nach Ansicht der Betroffenen in keiner Weise zufriedenstellend sind, da sie nicht nur im Falle eines stärkeren Regens dem Wasser zu wenig Widerstand leisten könnten, sondern auch einige Wohnhäuser ganz entschieden gefährden.

Die betroffene Bevölkerung ist daher in ständiger Angst, daß sich das Unglück wiederholen könnte und blickt auch mit Sorge auf die nächste Schneeschmelze.

Von seiten der Landesregierung sind Erhebungen durchgeführt worden, um das Ausmaß der Schäden festzustellen, aber noch keine weiterreichenden Schritte unternommen worden.

Der Landtag verpflichtet daher die Landesregierung:

1. unverzüglich alle nötigen Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, daß in den Wohngebieten von Bruneck Ost und Dietenheim sich ähnliche Überschwemmungen wie am 10. Juli wiederholen können.
2. Maßnahmen zu treffen, damit der betroffenen Bevölkerung die Schäden an unbeweglichen und beweglichen Gütern so weit als irgend möglich ersetzt werden.

In data 10 luglio 1983 una tempesta ha provocato zone abitative di Brunico danni molto gravi.

Terminati i lavori di sgombero il comune ha effettuato solamente opere di emergenza che tuttavia, secondo l'opinione degli interessati, sono tutt'altro che soddisfacenti in quanto non solo in caso di piogge abbondanti non sarebbero in grado di opporre sufficiente resistenza alle acque, ma costituiscono addirittura un indubbio pericolo per alcune case d'abitazione.

La popolazione colpita vive pertanto nel permanente timore che la disgrazia possa ripetersi ed é preoccupata al solo pensiero del prossimo disgelo.

Da parte della Giunta provinciale sono stati effettuati i necessari rilevamenti per accertare l'entità dei danni, senza che si sia peraltro provveduto a compiere ulteriori passi in merito.

Il Consiglio provinciale
impegna

pertanto la Giunta provinciale:

- 1) ad adottare senza indugio tutte le misure necessarie per impedire che nelle zone abitative di Brunico-est e di Teodone abbiano a ripetersi inondazioni come quella verificatasi il 10 luglio u.s.;
- 2) ad adottare i provvedimenti necessari per far sí che alla popolazione colpita vengano risarciti nella misura piú ampia possibile i danni arrecati ai beni immobili e mobili.

Das Wort hat Abgeordneter Achmüller.

ACHMÜLLER (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Wie es in der Tagesordnung heißt, hat sich am 10. Juli in Bruneck ein Unwetter ereignet, welches große Schäden an bestehenden Bauten bzw. an Genossenschaftshäusern hervorgerufen hat. In den Feldern um Luns, die in den letzten Jahren melioriert worden sind, haben sich aufgrund der intensiven Regenfälle innerhalb kurzer Zeit große Wassermassen angesammelt, die sich am Südende dieser Felder als reißender Bach auf die Staatsstraße ergossen haben. Die Wassermassen sind dann auf der anderen Seite über die Böschung getreten und dort wie ein Wildbach über die Böschung hinuntergeschossen. Die darunterliegenden Bauten, die Genossenschaftshäuser stauten zunächst das Wasser zurück, die Haustüren konnten eine Weile dem Druck standhalten, aber als das nicht mehr der Fall war, ist das Wasser in die Häuser eingedrungen, samt Geröll, Schlamm und alles, was drinnen war und ist hinunter in die Keller, hat die Garagen und Keller ausgefüllt bis an den Rand und

ist dort liegengeblieben, bis es ausgepumpt worden ist. Die Schäden sind, wie gesagt, enorm. Keine Tür im Keller ist mehr ganz, es handelt sich um Eisentüren, die Heizung ist natürlich auch kaputt, sogar die Treppen, über die das Wasser seinen Lauf gefunden hat in den Keller hinunter, sind kaputt und die Marmorplatten, mit denen die Treppen belegt sind, sind zersägt, d.h. wie eine Säge. Man kann sich vorstellen, wie es da zugegangen ist. In den Garagen standen größtenteils die Autos und es ist so, daß viele Familien dadurch Totalschaden an ihrem Auto erlitten haben. Die Autos wurden durch das Wasser emporgehoben und gegen die Decke gedrückt. Bei vielen Autos wurden die Scheiben eingedrückt, das Wasser ist eingedrungen und die Autos sind wieder gesunken und praktisch dann voll Schlamm und Wasser einige Tage lang gestanden, was dann zur Folge gehabt hat, daß diese Autos nicht mehr in Gebrauch genommen werden können.

Inzwischen ist eigentlich nicht allzuviel passiert, man hat sich das einmal angesehen, seitens der Gemeinde und auch seitens des Assessorates, glaube ich, ist auch ein Beamter draußen gewesen um einen Lokalausweis zu machen, aber sonst haben die Leute nicht allzuviel gehört und finden die Maßnahmen, die bisher ergriffen worden sind, für nicht ganz genügend und hauptsächlich auch die Absicherungsmaßnahmen, die getroffen worden sind, werden als unzufriedenstellend befunden, da sie im Falle eines weiteren starken Regens der Meinung der Leute zufolge nicht Widerstand leisten würden. D.h. es ist ein Erdwall aufgeschüttet auf einer Seite der Straße, aber das ist nur eine provisorische Lösung.

Dies vorausgeschickt ergibt sich folgende Situation bzw. folgende Probleme. Bei künftigen Meliorierungen muß man auch auf solche und ähnlichen Folgen mehr achten. Wir haben auch bei anderen Gelegenheiten über das Problem gesprochen. Sicherlich gehört das nicht primär hierher, aber ich möchte es auch aufgeworfen haben. Besonders Landesrat Mayr hat anlässlich der Hochwasserkatastrophen auf solche Folgen hingewiesen.

Zweitens. Das Assessorat für Wohnbau, glaube ich, kann über den Notstandsfonds etwas machen, d.h. jene Schäden, die die Leute direkt an den Häusern erlitten haben, auch ersetzen bzw. Beiträge geben. Ich weiß nicht, inwieweit hier auch die Bestandsaufnahmen bereits erfolgt sind und inwieweit Landesrat Benedikter in der Lage ist, einen Zwischenbericht zu geben.

Drittens werden besonders die anderen Schäden, die nicht direkt mit dem Bau zu tun haben, Autos und ähnliches, wahrscheinlich im Rahmen eines anderen Katastrophengesetzes behoben werden müssen, so etwa wie in Salurn es der Fall gewesen ist. Bitte, sicherlich hat dieses Unwetter nicht die Ausmaße angenommen wie im Vinschgau, aber für den Vinschgau wird in nächster Zeit ein solches Gesetz gemacht werden müssen, wie die Gelder, die aus Rom kommen, zur Verteilung gelangen werden. Zumindest hat mir das Landesrat Benedikter so angedeutet und in dem Rahmen könnte ich mir vorstellen, könnte man auch Schäden dieser Natur, wie sie sich in Bruneck ereignet haben, unterbringen.

Viertens, glaube ich, ist es wichtig, daß die Landesregierung wirklich eine dauerhafte Lösung plant, die die betreffenden Wohngebiete in Bruneck in Zukunft ausreichend gegen ähnliche Wassereinbrüche abschirmt.

LUNGER (PDU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gleich vorwegnehmen, daß ich für diese Tagesordnung stimme. Die Punkte dieser Tagesordnung sind ein Teil meiner Anfrage, die ich unmittelbar nach der Katastrophe an die Landesregierung gerichtet habe, wo ich aber bis jetzt keine Antwort erhalten habe. Es scheint überhaupt in den letzten Monaten die Praxis gewisser Landesräte gewesen zu sein, die Anfragen, auch die, wo um schriftliche Antwort angesucht wird, einmal liegenzulassen, weil sie meinen, jetzt vor den Wahlen können sie es sich leisten. Ich werde jetzt bei jeder Sitzung, wenn das so weitergeht, darauf hinweisen, denn dieses Verhalten ist einfach eines demokratischen Rechtsstaates unwürdig und so manche Herren meinen, sie könnten sich wie mittelalterliche Fürsten offensichtlich verhalten. Aber wie gesagt, ich habe damals eine Anfrage über diesen Fall eingebracht, die, wie gesagt, in verschiedenen Punkten ungefähr inhaltlich sinngemäß das gleiche beinhaltet wie die Tagesordnung der Kollegen Achmüller und Franzelin. Somit bin ich natürlich dafür. Ich bin auch dafür, daß den Leuten da der Schaden vergolten wird. Allerdings bin ich der Meinung, daß die öffentliche Hand einstweilen das tun soll, um den Leuten zu helfen, daß aber dann letzten Endes diese Schäden die zu zahlen haben und die zahlen, die dafür auch verantwortlich sind. Denn daß das nicht nur eine Naturkatastrophe war, sondern daß da ganz konkretes menschliches Verschulden dahintersteckt, ist wohl außer Zweifel. Die Verantwortlichen und der Hauptverantwortliche ist der Bürgermeister von Bruneck als Obmann und Präsident des betreffenden Meliorierungskonsortiums hat sich nicht umsonst gescheut, hinzugehen, die Sache anzusehen und den Einsatz der Helfer zu koordinieren. Er hat sich nicht blicken lassen. Warum? Weil er ein entsprechend schlechtes Gewissen hatte, denn es ist sicher richtig, daß das ein Regenschwall war, der nicht alle Jahre passiert. Aber es ist nun einmal so, daß Wolkenbrüche über ein bestimmtes Gebiet alle 10, 20, 30 oft auch 40, 50 Jahre heruntergehen. Auch mit solchen Ereignissen muß man, wenn man eine Sache macht, rechnen.

Nun, welche Sachen wurden da gemacht und wurden ganz eindeutig falsch gemacht und es wurden die Herren auch gewarnt. Aber alle Warnungen wurden in den Wind geblasen. Erstens einmal, und das ist für mich das schwerwiegendste. Österreich, als es die Eisenbahn und die Staatsstraße gebaut hat, hat unter beide Verkehrslinien hindurch eine Art kleinen Tunnel errichtet, damit die Abwässer von den höher gelegenen Regionen oder Gebieten dort darunter durchrinnen können und dann, früher wo jetzt die Wohnbauzone ist, waren Felder, eben in die Rienz gelangen würden. Diese haben mit solchen Ereignissen gerechnet. Was hat aber die Gemeinde Bruneck getan? Die hat diesen Durchlaß unter der Staatsstraße zugemacht und ein Rohr hineingelegt. Daß da diese Wassermassen nicht mehr durchkonnten

ist selbstverständlich. Somit ist das Wasser auf die Staatsstraße, der Staatsstraße entlang bis zum Durchlaß unter die Eisenbahn und dort hinunter in die Wohnbauzone. Das ist der erste wirklich verantwortungslose Schritt der Verwalter von Bruneck, ob nun die Gemeindeverwaltung, das Konsortium, das war bisher nicht festzustellen. Jedenfalls ist es von Bruneck gemacht worden. Das war die erste verantwortungslose Handlung.

Das zweite war dann die Form der Planierung. Ich bin nicht gegen eine Planierung, aber gegen die Form. Denn, wie waren früher die Felder von Bruneck bis hinauf nach Luns? Es waren immer wieder Stufen, Mauern, Wege, und stufenweise. D.h. bei starken Regenfällen ist in den verschiedenen Stufen immer wieder Wasser liegengeblieben und es ist nicht alles auf einmal abgeronnen. Jetzt ist alles das entfernt worden und alles ansteigend hinauf planiert worden, so daß das Wasser, das sich durch einen starken Regen sammelt und im Moment nicht versickern kann, notwendigerweise wie ein Bach hinunterrinnen muß, stürzen muß, in die darunterliegenden Gebiete. Das war die zweite verantwortungslose Handlung. Solche verantwortungslose Sachen müssen Folgen haben. Deswegen, es geht nicht an, daß endgültig hier der Steuerzahler dafür zahlen muß, daß da einige Leute in äußerst verantwortungsloser Weise und selbtherrlich vorgegangen sind. Und einer der Hauptschuldigen ist nun einmal Heimo von Grebmer, Bürgermeister von Bruneck, in seiner Doppelfunktion.

Ich bin dafür, daß bald einmal den Leuten geholfen wird, denn die haben ungeheure Schäden erleiden müssen, dabei daß dann zurückgegriffen wird auf die Schuldigen und die, wenn notwendig, eigentlich persönlich zahlen müssen. Denn, daß da Leute in verantwortungslosester Weise vorgehen, in oberflächlichster Weise, alle Warnungen in den Wind schlagen, Hunderte Millionen, wenn nicht mehr, Schäden den anderen zufügen und dann einfach freigehen, sich als unschuldig aufspielen und daß dann nur der Steuerzahler da immer einspringen muß, das wäre ein Zeichen von großer Verantwortungslosigkeit und kann auf die Dauer nicht akzeptiert werden.

Deswegen, diesen Leuten muß geholfen werden, aber dann muß Rückgriff genommen werden gegenüber den wirklich Verantwortlichen, die eben in verantwortungslosester und selbtherrlichster Weise da vorgegangen sind. Deswegen, ich stimme diesem Beschlußantrag zu, aber möchte eben meine Anregung geben, daß da Rückgriff genommen wird.

VALENTIN (SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorausschicken, daß ich selbstverständlich auch mit der Tagesordnung einverstanden bin, aber ich bin der Meinung, daß einige Punkte doch einer Klärung bedürfen. Es wird hier doch etwas zu leichtfertig behauptet, daß der Schuldige da zu finden wäre oder dort zu finden wäre. Ich möchte mich auf die Flurbereinigung oder auf die Planierung der Felder östlich von Bruneck beziehen. Ich möchte vorwegnehmen, daß die Flurbereinigung in erster Linie in der Grundstückszusammenlegung erfolgt und in zweiter Linie erst in der Planierung. Es wurden hier Behauptungen in den Raum geworfen, daß beispielsweise vor der Planierung die Möglichkeit bestanden hätte,

daß das Wasser oben liegengeblieben wäre. Das stimmt ganz und gar nicht, die Felder waren alle vorher schon unter dem Pflug. Und ich weiß, daß sogenannte Rechtsgelehrte sich einbilden, in allem und jedem Bescheid zu wissen. Allerdings freut es mich, daß der Gelehrte Dr. Lunger auch gehört hat, daß der Südbahngesellschaft vor 110 Jahren schon wußte...

LUNGER (PDU): (Unterbricht)

VALENTIN (SVP): Also, man sieht, wie eingebildet solche Leute sind, usw. Ich komme nämlich darauf noch zu sprechen, warum ich diese Lage auch kenne. Ich sage nur das eine, daß eben die Südbahngesellschaft vor 110 Jahren gewußt hat, daß in diesem Einzugsgebiet von Dietenheim-Luns viel Wasser zusammenkommt, sonst würden nicht mannshohe Wasserdurchlässe, es waren mehrere, in den Bahndamm gebaut worden sein.

Zweitens möchte ich feststellen, daß dieses Wasser sehr wohl immer da heruntergelaufen ist. Ich habe nämlich 10 Jahre genau Breader Holzlager gewohnt und ich bin des öfteren selbst beim Wasserkehren gewesen; die lieben Nachbarn haben mich mitleidig belächelt, weil ich beispielsweise höchst persönlich mit Schaufel und Pickel im Frühjahr die Wasserabflußkanäle oder Schächte eisfrei gemacht habe, und zwar von solchen Leuten auch, die heute in solchen Häusern wohnen. Damit will ich sagen, wassergefährdet war diese Zone immer schon. Es wundert mich, daß eigentlich niemand auf die Frage der Wasserentsorgung im Stadtgebiet von Bruneck zu sprechen kommt. Daß es hier zu Wasserstau kommen muß, ist ein ganz klarer Fall, wenn ein früheres Versickerungsgebiet komplett asphaltiert wird, und was nicht asphaltiert ist, ist von Dachflächen abgedeckt, so daß sich Oberflächenwasser in Unmengen ansammeln muß. Ich finde es eigentlich etwas irreführend, wenn den Leuten vorgeschwätzt wird, daß sie sich womöglich an einem Meliorierungskonsortium schadlos halten könnten, denn Rechtsgelehrte sollten auch wissen, daß dieser Weg ganz und gar nicht zielführend sein kann, weil die Umstände alle dagegen sprechen. Und ich wage die Vermutung zu äußern, daß diese lieben Rechtsgelehrten, ich habe es in Bruneck bei der Bürgerversammlung auch gehört, daß diese irgendwie Geschäfte wittern und deswegen die Aufmerksamkeit darauf hinlenken wollen. Aber nicht genug davon. Man spricht ganz und gar nicht davon, daß andere Zonen von Bruneck auch unter Wasser waren. Bei den Ursulinen z.B. herunter, jenseits der Rienz waren z.B. auch die Kellergeschoße bis zur Decke unter Wasser. Es waren Geschäfte am Graben usw. auch unter Wasser; und vergessen wir auch nicht die Gegend von Reischach, Stefansdorf bis Moos, St. Martin hinüber, wo bestimmt kein Quadratmeter Rasen angerührt worden ist, wo wirklich der Naturbestand seit 100 oder mehr Jahren so geblieben ist wie er einstens war, auch die haben Wasser abgekomen, auch in St. Lorenzen hat es Schäden gegeben. Ich finde es einfach verlogen, wenn man hergeht und einen ganz spezifischen Fall hier herausgreift, um irgend jemanden oder einer Organisation oder irgendwelchen Maßnahmen einen Strick zu drehen. Ich wehre mich ganz kategorisch dagegen, daß durch

solche Vorgangsweisen Maßnahmen und Leute schlecht gemacht werden, die sich genauso für die Gemeinschaft einsetzen wie andere es auch tun oder zumindest vorgeben zu tun.

Ich sage, ich bin einverstanden, wenn Mittel und Wege gefunden werden, daß den Leuten hier Hilfe zukommen kann. Ich weise aber nochmals darauf hin, daß man daraus nicht einen Einzelfall konstruieren soll, sondern man auch daran denken soll, daß es andere auch betroffen hat.

BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, geförderten Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Der Antrag verpflichtet die Landesregierung, unverzüglich alle nötigen Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, daß in den Wohngebieten von Bruneck-Ost und Dietenheim sich ähnliche Überschwemmungen wie am 10. Juli wiederholen können.

Zweitens, Maßnahmen zu treffen, damit der betroffenen Bevölkerung die Schäden an unbeweglichen und beweglichen Gütern so weit als irgend möglich ersetzt werden. Jetzt muß ich die Antragsteller ersuchen, diesen Antrag jetzt zurückzuziehen, weil er mit diesem Gesetz nichts zu tun hat. Ich erkläre es: Ihr wißt, es ist ein eigenes Gesetz gemacht worden im Zusammenhang mit den Unwetterschäden, mit den Katastrophen, mit der Überschwemmungskatastrophe von Salurn und es sind dort die Fälle geregelt worden, die nicht, was die Wohnungsversorgung betrifft, die nicht unter die normale Katastrophenhilfe fallen und selbstverständlich alle anderen Fälle, was die Landwirtschaft und das Gewerbe usw. betrifft und dieses Salurngesetz muß jetzt ausgedehnt werden auf das Vinschgau, aber es ist eben in Vorbereitung ein Gesetz anlehnend an das Salurngesetz, wo man ein allgemeines Gesetz macht, um in solchen Fällen von außerordentlichen Naturkatastrophen allgemein helfend einschreiten zu können, ganz gleich, ob es heute Salurn ist, morgen Vinschgau usw. Dieses Gesetz ist in Vorbereitung, soll eben als dringende Sache noch in den Landtag kommen, auch damit die Gelder für das Vinschgau für diese Zweckbestimmungen, wie sie im Salurner Gesetz vorgesehen sind und nur in außerordentlichen Fällen so vorgesehen sind, z.B. bewegliche und unbewegliche Güter, nicht nur, wenn eine Wohnung als solche beschädigt worden ist, um also diese Bestimmungen auszudehnen auf das ganze Land im Falle von außerordentlichen Unwetterschäden. Aber in diesem Gesetz ist diesbezüglich nichts enthalten, eben auch nichts, was die Wohnungsversorgung betrifft, eben weil ad hoc das andere Gesetz vorbereitet wird und, wie gesagt, verallgemeinert wird. Daher hat dieser Antrag, der sich auf alles bezieht, es soll unternommen werden, daß solche ähnliche Überschwemmungen verhütet werden, daß sie sich nicht wiederholen und daß bewegliche und unbewegliche Güter vergütet werden, also hat mit diesem Gesetz als solchem nichts zu tun. Daher hat es auch keinen Sinn, jetzt uns mit diesen Maßnahmen auseinanderzusetzen, denn indem ein Gesetz in den Landtag kommt, noch im Oktober in den Landtag kommen muß, wird dort Gelegenheit sein, selbstverständlich auch was Bruneck betrifft, ich gehe nicht ein auf das was schon in Bruneck geschehen ist, dort eingehend zu behandeln.

ACHMÜLLER (SVP): Herr Landesrat! Ich habe Verständnis für Ihren Einwand, daß nicht unbedingt ein direkter Bezug da ist, aber zumindest der Bezug ist schon vorhanden, was das Wohnbaugesetz und den Notstandsfonds betrifft, über welchen Schäden, die an den Gebäuden entstanden sind, ersetzt werden können. Wenn die Formulierung nicht in Ordnung ist oder wenn irgend etwas herausgenommen werden soll, da bin ich ohne weiteres einverstanden, aber den ganzen Antrag würde ich sic et simpliciter nicht gern zurücknehmen.

PRÄSIDENT: Ich bringe diese Tagesordnung zur Abstimmung: mit 3 Stimmenthaltungen ist die Tagesordnung angenommen.

Ich bringe nun den Übergang zur Sachdebatte zur Abstimmung: mit 4 Gegenstimmen ist der Übergang genehmigt.

TITOLO I
MODIFICHE ALL'ORDINAMENTO URBANISTICO PROVINCIALE

Art. 1

(1) Il n. 5 del primo comma dell'art. 2 dell'ordinamento urbanistico provinciale é sostituito dal seguente:

"5) da un rappresentante del servizio provinciale per l'igiene e la sanitá pubblica".

(2) Il n. 3 del primo comma dell'art. 3 dell'ordinamento urbanistico provinciale é sostituito dal seguente:

"3) da un rappresentante del servizio provinciale per l'igiene e la sanitá pubblica".

(3) Il n. 2 del primo comma dell'art. 29 dell'ordinamento urbanistico provinciale é sostituito dal seguente:

"2) un rappresentante dell'unitá sanitaria locale appartenente al servizio per l'igiene e la sanitá pubblica competente per territorio".

Wer meldet sich zum Art. 1 zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab: mit einer Stimmenthaltung genehmigt.

Art. 2

(1) Nel terzo comma dell'art. 12 dell'ordinamento urbanistico provinciale dopo le parole "il progetto di piano urbanistico" vengono inserite le parole "o di variante allo stesso".

Wer meldet sich zum Artikel 2 zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab: mit einer Stimmenthaltung genehmigt.

Art. 3

(1) Il n. 3 dell'art. 14 dell'ordinamento urbanistico provinciale é sostituito dal seguente:

"3) (1) Le aree riservate ad opere e impianti di interesse pubblico e quelle destinate a formare spazi di uso pubblico o sottoposti a speciali vinco-

li o a particolari servitù, o, infine, necessarie alla valorizzazione delle bellezze naturali. Ai fini di un razionale sfruttamento delle aree destinate ad opere e impianti di interesse pubblico il 10% della volumetria può essere destinato ad attività terziarie di iniziativa privata in relazione al fabbisogno locale. In caso di comprovata necessità la percentuale della volumetria da destinarsi alle attività terziarie può essere aumentata fino al 15% previo nullaosta della Giunta provinciale, sentita la commissione urbanistica provinciale. Le destinazioni ed i vincoli relativi ad aree occorrenti ad impianti e servizi dipendenti da amministrazioni statali o regionali sono inseriti nei piani, sentita l'amministrazione interessata.

(2) Nell'ambito delle aree riservate ad opere e impianti di interesse pubblico i comuni possono delimitare parti di esse da destinare ad opere ed impianti di interesse collettivo e sociale, la cui realizzazione e gestione nell'interesse collettivo possono essere affidate ai privati proprietari. La specificazione del singolo impianto, la sua cubatura e la destinazione ad uso pubblico sono da stabilirsi nel piano urbanistico comunale. Il privato proprietario può chiedere che gli venga affidata la realizzazione e la gestione dell'impianto. L'affidamento al privato proprietario viene fatto con delibera di assegnazione dell'area. L'impianto realizzato dal privato è destinato ad uso pubblico, anche verso corrispettivo ed in osservanza degli obblighi e diritti fissati con convenzione stipulata in forma di atto pubblico da annotare nel libro fondiario. Nella convenzione devono essere indicati gli obblighi, la cui inosservanza da parte del titolare determina da parte del comune l'acquisizione dell'impianto assieme all'area secondo la seguente procedura.

(3) I fatti che danno luogo all'acquisizione devono essere contestati dal comune al proprietario dell'impianto con lettera raccomandata con ricevuta di ritorno con l'invito di presentare entro 30 giorni controdeduzioni documentate.

(4) Decorso il termine di cui al comma precedente il Consiglio comunale dichiara la revoca dell'assegnazione e delibera l'acquisizione dell'impianto con l'area su cui insiste al patrimonio indisponibile del comune che lo utilizza ai fini pubblici. La delibera è titolo per l'intavolazione del diritto di proprietà a favore del comune.

(5) Al proprietario dell'impianto viene corrisposta un'indennità costituita dalla somma dell'indennità per l'area determinata ai sensi dell'art. 12 della legge provinciale 20.8.1972, n. 15, e successive modifiche, e della spesa sostenuta per la realizzazione dell'impianto, dalla quale viene detratto il 50% a titolo di sanzione per la violazione degli obblighi.

(6) Le disposizioni dei precedenti secondo, terzo, quarto e quinto comma possono essere applicate anche per i parcheggi pubblici."

Wer meldet sich zum Artikel 3 zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab: bei 5 Stimmenthaltungen genehmigt.

Art. 4

(1) Il primo comma dell'art. 16 dell'ordinamento urbanistico provinciale é integrato come segue: "Il progetto del piano urbanistico comunale per i comuni elencati nel primo comma dell'art. 22 del D.P.R. 22.3.1974, n. 381, deve essere trasmesso anche al rappresentante regionale dell'autorit  militare, il quale entro 90 giorni comunica il parere di cui al secondo comma dell'art. 22 citato."

(2) Il secondo comma dell'art. 16 dell'ordinamento urbanistico provinciale é sostituito dal seguente:

"(2) Prima del deposito del progetto del piano urbanistico comunale e la relativa esposizione al pubblico, il sindaco deve comunicare ai proprietari interessati, in quel momento iscritti nel libro fondiario ed i cui indirizzi risultano agli atti del comune, il cambiamento di destinazione d'uso adottato dal Consiglio comunale con il piano di zonizzazione o di viabilit . I comuni possono provvedere alle comunicazioni ai singoli proprietari tramite il servizio postale."

(3) Nel secondo periodo del quinto comma dell'art. 16 dell'ordinamento urbanistico provinciale dopo le parole "dalla data di approvazione del piano urbanistico comunale" vengono inserite le parole "o di variante allo stesso".

(4) All'ottavo comma dell'art. 16 dell'ordinamento urbanistico provinciale la lett. a) del n. 2 della lett. A) viene sostituita dalla seguente:

"a) il rispetto delle disposizioni della normativa vigente, nonch  delle previsioni del piano territoriale provinciale".

(5) Nell'ottavo comma dell'art. 16 dell'ordinamento urbanistico provinciale la lett. e) del n. 2 della lett. A) viene soppressa.

Es ist hier ein Ab nderungsantrag eingebracht worden, unterschrieben von Landesrat Benedikter und Landeshauptmann Magnago, mit folgendem Wortlaut: "Al terzo comma dell'art. 4 del disegno di legge viene aggiunto il seguente periodo: "Nello stesso secondo periodo del quinto comma dell'art. 16 dell'ordinamento urbanistico provinciale vengono sopresse le parole "rispettivamente per le zone di espansione non sia stato emesso il decreto del Presidente della Giunta provinciale di costituzione della comunione e/o divisione materiale dei terreni ai sensi dell'art. 21 della legge provinciale 20.8.1972, n. 15, e successive modifiche."

Wünscht jemand das Wort zu diesem Ab nderungsantrag? Abgeordneter Lungner.

LUNGER (PDU): Sehr geehrter Herr Pr sident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gleich sagen, da  ich für diesen Ab nderungsantrag stimme, denn dieser Abänderungsantrag räumt mit einer ungleichen Behandlung auf. Nämlich, bisher war die Bestimmung oder bis vor einigen Jahren war die Bestimmung, bis zum Gesetz Nr. 34/80, war die einheitliche Bestimmung, daß Ausweisungen des Bauleitplanes von Flächen, für die die Enteignung vorgesehen ist, verfallen und daß die Flächen landwirtschaftliches Grün werden, wenn nicht innerhalb von 10 Jahren, nach der Auswei-

sung die Enteignung durchgeführt ist, also gezahlt ist. Nun ist mit dem Gesetz Nr. 34 da eingefügt worden, daß bei Wohnbauzonen es genüge, wenn das Dekret der Miteigentumsgemeinschaft und/oder der materiellen Teilung erlassen worden ist, nicht einmal zugestellt, nur erlassen. Die Leute haben häufig oft die längste Zeit überhaupt nichts davon gewußt, daß das erlassen worden ist. Da wurde also dieser Verfall dadurch verhindert, ja noch mehr, eine Übergangsbestimmung hat dann vorgesehen, daß diese Bestimmung rückwirkend anzuwenden sei. Also, für solche Zonen, wo in der Zwischenzeit aufgrund der früheren Gesetzgebung der Durchführungsplan oder die Ausweisung des Bauleitplanes bereits verfallen war, da wurde rückwirkend in bezug auf bereits verfallene Zonen, auf Gründe, die bereits landwirtschaftliches Grün geworden waren, das rückwirkend wieder hergestellt. Es ist wohl klar, daß bereits die Ausstellung des Miteigentumsdekretes, wo einer das ausschließliche Eigentum in bezug auf eine Grundfläche verliert und alles zusammengeworfen wird, Miteigentum wird, daß das bereits ein starker Eingriff in das Privateigentum darstellt und somit es nicht gerechtfertigt war, daß man da also unterscheidet in diesem Fall, weil dann war ja keine Garantie, daß zeitgerecht oder bald schon enteignet und gezahlt wird, sondern es war dann weiterhin eine Zeit der Vermischung des Eigentums ohne jede Entschädigung. Ich kann mir schon vorstellen, warum jetzt auf einmal diese Änderung kommt. Ich bin überzeugt, das war nicht bessere Einsicht, daß diese Bestimmung von vorneher ein falsch war, sondern vor wenigen Tagen oder vor kurzer Zeit, am 1. September hat der Staatsrat, und zwar die Vereinigten Sektionen, einen Beschluß hinterlegt, wo er diese Gesetzesbestimmung dem Verfassungsgerichtshof vorlegt. Ich bin überzeugt, bekannt war es schon früher, daß diese Entscheidung gefallen ist, aber jetzt ist es hinterlegt worden. Ich habe sie hier im Zusammenhang mit der Zone Melaunen in Schlanders, daß das insgesamt der Grund war, warum man da jetzt zurücksteckt. Mich freut es aber trotzdem, mich freut, daß hier wieder zurückgesteckt wird und daß man sieht, daß man nicht da grenzenlos kann, wie man meint, mit Gesetz manipulieren und noch rückwirkend verfallene Zonen wieder sozusagen in ihren früheren Zustand, den sie einmal hatten, vor dem Verfall, zurückführen oder wiederherstellen. Deswegen, wie gesagt, ich bin für diesen Änderungsantrag.

PRÄSIDENT: Meldet sich noch jemand zu diesem Abänderungsantrag zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: mit 3 Stimmenthaltungen genehmigt.

Wer meldet sich zum so abgeänderten Art. 4 zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: mit 3 Stimmenthaltungen genehmigt.

Es ist von den Abgeordneten Lunger und Costalbano ein Art. 4/bis, eingebracht worden. Er ist derzeit im Übersetzungsamt und müßte jeden Augenblick eingebracht werden.

Ich schlage vor, daß wir inzwischen weitergehen und diesen Art. 4/bis nachher behandeln.

Art. 5

(1) Il secondo periodo del quinto comma dell'art. 24 dell'ordinamento urbanistico provinciale é soppresso.

(2) All'art. 24 dell'ordinamento urbanistico provinciale viene aggiunto il seguente comma:

"Ai sensi dell'art. 18 del R.D.L. 27.5.1929, n. 1285, per le domande di concessione edilizia prima del rilascio della concessione devono essere compilati dei questionari statistici prescritti dall'ISTAT."

Abgeordneter Stecher hat das Wort.

STECHEK (KPI): So wie in der Kommission werden wir natürlich gegen diesen Artikel stimmen, denn hier greift man energisch in die Gemeindeautonomie ein und außerdem will man hier etwas machen, mit dem wir nicht einverstanden sein können, und zwar mit der Abgabepflicht, die Aufhebung von Steuern für Garagen, usw.

LUNGER (PDU): Ich möchte Landesrat Benedikter fragen, ich lege es zwar auch so aus, da steht: im Art. 24, Absatz 5, der Satz zwei ist außer Kraft gesetzt. Das bedeutet, daß die Baumasse unter der Erde überhaupt nicht mehr herangezogen wird. So klar ist das nicht; schon gut, wenn das so zu verstehen ist. Dann bin ich eben dafür. Ich möchte nur, daß das dann klar ist und nicht wieder Schwierigkeiten in der Interpretation auftauchen.

Ich bin dafür, denn meine Partei war immer ein Gegner der Baukostenabgabe. Nicht umsonst hat die Provinz Trient diese nie eingeführt. Die Provinz Trient hat hier von ihrer Autonomie Gebrauch gemacht und hat sie nicht eingeführt. In der Provinz Trient gibt es keine Baukostenabgabe. Ich war immer dafür, daß die nicht so eingeführt wird oder zumindest in einem wesentlich geringeren Rahmen. Ich habe dann auch einen Antrag, wo der Rahmen heruntergesetzt werden soll, wenn es wahrscheinlich auch nicht möglich sein wird, daß sie ganz abgeschafft wird, denn diese Baukostenabgabe hat nur natürlich die Preise auf dem Gebiete des Bauwesens noch mehr erhöht und gerade auch oft Private, die unter Umständen eine Wohnung dazubauen und sicher nicht vermieten, nur noch mehr und schwerwiegender belastet. Deswegen bin ich für jede Maßnahme, die, wenn auch nur teilweise, diese wieder abschafft oder reduziert. Was die Gemeindeautonomie betrifft, müßte man sich fragen, war nicht schon die Einführung dieser Abgabe, war nicht das schon ein Eingriff in die Gemeindeautonomie, auch das kann die Gemeinde nicht selber bestimmen, sie kann es ja nicht selber entscheiden, ob sie es anwenden will oder nicht. Denn dann ist alles ein Eingriff in die Gemeindeautonomie, wenn ein Gesetz erlassen wird, das für die Gemeinden eine allgemeine Regelung vorschreibt. Die Gemeinden haben nun einmal keine Gesetzgebungskompetenz. So kann man nicht sagen, daß da ein Eingriff in die Gemeindeautonomie ist, wenn wir ein Gesetz erlassen. Es ist nun einmal Aufgabe des Gesetzgebers, des Landtages, zum

Teil auch des Regionalrates. Da haben die Gemeinden eben keine selbständige Autonomie. Dann hätte man das schon damals einwenden müssen. Deswegen bin ich dafür.

PRÄSIDENT: Meldet sich noch jemand zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir den Art. 5 ab: mit 3 Gegenstimmen genehmigt.

Art. 6

(1) L'art. 27 dell'ordinamento urbanistico provinciale é sostituito dal seguente:

"Sanzione amministrativa

(1) Qualora sia constatata l'inosservanza delle norme o prescrizioni di cui al precedente art. 26, il sindaco ordina l'immediata sospensione dei lavori con riserva dei provvedimenti che risultino necessari per la modifica delle costruzioni o per la rimessa in pristino. L'ordine di sospensione cessa di avere efficacia, se entro un mese dalla notificazione di esso il sindaco non abbia adottato e notificato la diffida di demolizione o di rimessa in pristino. Con lo stesso provvedimento la concessione, che risulta in contrasto con le norme o le prescrizioni, di cui al citato art. 26, deve essere annullata totalmente o parzialmente.

(2) Qualora le opere vengano eseguite in totale difformità o in assenza della concessione, il sindaco diffida il proprietario a demolire le stesse entro un congruo termine. In caso di inerzia del proprietario, le predette opere sono gratuitamente acquisite con l'area su cui insistono al patrimonio indisponibile del comune che le utilizza a fini pubblici, compresi quelli di edilizia residenziale pubblica. L'acquisizione si effettua con ordinanza motivata del sindaco. L'ordinanza é vidimata e resa esecutiva dal pretore nella cui giurisdizione ricade il comune interessato e costituisce titolo per l'intervolazione del diritto di proprietà a favore del comune nel libro fondiario. Contro l'ordinanza del sindaco può essere presentato ricorso alla sezione autonoma del tribunale di giustizia amministrativa. Qualora l'opera eseguita in totale difformità o in assenza della concessione contrasti con rilevanti interessi urbanistici o ambientali ovvero non possa essere utilizzata per fini pubblici, viene demolita a spese del suo costruttore.

(3) Gli atti giuridici aventi per oggetto unità edilizie costruite in assenza di concessione sono nulli ove da essi non risulti che l'acquirente era a conoscenza della mancanza della concessione.

(4) In caso di annullamento della concessione, qualora non sia possibile la rimozione dei vizi delle procedure amministrative o la rimessa in pristino rispettivamente la demolizione, il sindaco applica una sanzione pecuniaria pari al valore venale delle opere o loro parti abusivamente eseguite, valutato dall'ufficio tecnico provinciale. La valutazione dell'ufficio tecnico é notificata alla parte dal comune e diviene definitiva decorsi i termini di impugnativa.

(5) I contributi, le sanzioni e le spese di cui alla presente legge vengono riscossi con l'ingiunzione prevista dall'art. 2 del R.D. 14.4.1910, n. 639, che é emessa dal sindaco del comune interessato.

(6) Qualora vengano realizzate opere in parziale difformità dalla concessione, il sindaco diffida il proprietario a demolire le stesse entro un congruo termine. In caso di inerzia del proprietario si procede d'ufficio. Nel caso in cui le opere difformi non possono essere rimosse senza pregiudizio della parte conforme, il sindaco applica una sanzione pari al doppio del valore venale della parte dell'opera realizzata in difformità dalla concessione.

(7) Non si procede alla demolizione ovvero all'applicazione della sanzione di cui al comma precedente nel caso di realizzazione di varianti, purché esse non siano in contrasto con gli strumenti urbanistici vigenti e non modificano la sagoma, le superfici utili e la destinazione d'uso delle costruzioni per le quali é stata rilasciata la concessione. Le varianti dovranno comunque essere approvate prima del rilascio della licenza d'uso.

(8) Le opere eseguite da terzi, in totale difformità dalla concessione o in assenza di essa, su suoli di proprietà dello Stato e di enti territoriali, sono gratuitamente acquisite, rispettivamente al demanio dello Stato e al patrimonio indisponibile degli enti stessi, salvo il potere di ordinarne la demolizione, da effettuarsi a cura e spese del costruttore entro 60 giorni, qualora l'opera contrasti con rilevanti interessi urbanistici e ambientali. In caso di mancata esecuzione dell'ordine, alla demolizione provvede il comune, con recupero delle spese ai sensi del R.D. 14.4.1910, n. 639.

(9) Qualora le opere siano solo parzialmente difformi dalla concessione si applica il disposto del sesto comma del presente articolo. La sanzione ivi prevista é comminata dallo Stato o dagli altri enti territoriali interessati.

(10) Per le costruzioni non ultimate la sanzione pecuniaria va riferita al valore della costruzione ad opera ultimata. Il pagamento della sanzione comporta il diritto di ultimare le opere per le quali é stata inflitta la sanzione pecuniaria e di ottenere la licenza d'uso.

(11) L'ordinanza di acquisizione, di applicazione della sanzione pecuniaria o di demolizione deve essere preceduta dal parere della commissione edilizia comunale.

(12) E' vietato a tutte le aziende erogatrici di servizi pubblici di somministrare le loro forniture per l'esecuzione di opere prive di concessione.

(13) I provvedimenti del sindaco sono notificati al titolare della concessione nel domicilio indicato nella domanda o, in mancanza di questa, al proprietario della costruzione, nonché al direttore dei lavori e al titolare dell'impresa che ha eseguito o sta eseguendo i lavori. I provvedimenti definitivi di cui ai precedenti commi devono essere comunicati anche all'Amministrazione provinciale.

(14) Le spese relative all'esecuzione in danno sono riscosse a norma del T.U. sulla riscossione delle entrate patrimoniali dello Stato, approvato con R.D. 14.4.1910, n. 639. Al pagamento delle spese sono solidalmente obbligati il proprietario della costruzione, il titolare dell'impresa che ha eseguito i lavori e il direttore dei lavori, qualora non abbia contestato a detti soggetti e comunicato al comune la non conformità delle opere rispetto alla concessione.

(15) Qualora per la medesima costruzione debba essere comminata anche una sanzione pecuniaria ai sensi della legge sulla tutela del paesaggio, si applica, fra le due sanzioni, quella di importo maggiore.

(16) I proventi delle sanzioni pecuniarie previste dal presente articolo sono riscossi dal comune e destinati al finanziamento delle opere di urbanizzazione, ovvero dalla Provincia nel caso di intervento della stessa."

Abgeordneter Lunger hat das Wort.

LUNGER (PDU): Ich möchte im Zusammenhang mit diesem Artikel, der ja einerseits die Möglichkeit des Abbruches von Gebäuden ohne Baulizenz oder vollständiger Abweichung vorsieht, in anderen Fällen, wenn das nicht möglich sein sollte, die Anwendung einer Geldstrafe usw. Wie ich schon vorige Woche kurz erläutert habe, sind in Südtirol in den letzten Jahren dauernd Fälle vorgekommen, wo eben entweder gar ohne Baulizenz gebaut worden ist oder in starker Abweichung oder dann natürlich auch in teilweiser Abweichung. Wobei bei teilweiser Abweichung von vorneherein die Anwendung der Geldstrafe vorgesehen ist. Es sind also solche Fälle oft und in vielen Orten Südtirols vorgekommen. Ich möchte gerade in diesem Zusammenhang noch einmal auch das zum Teil einfach unglaubliche und unkorrekte Vorgehen des zuständigen Amtes des Landesrates Benedikter hinweisen und nur einige Fälle aufgreifen. Die seinerzeitige Villa von Geometer Rubner, Bruder des Landesrates, bei Issing, vollkommen ohne Baukonzession erbaut Anfang der 70er Jahre, im Waldgebiet noch dazu. Obwohl damals die Sache schon bekannt war, hat man einmal jahrelang nichts getan. Ich mußte dann hier eine Anfrage machen, dann hat man zuerst beschlossen abzubrechen. Der Bau steht immer noch als Rohbau da. Dann ist nichts geschehen. Die Sache ist weitergegangen, das Gebäude ist stehengeblieben. Dann habe ich eine weitere Anfrage eingebracht. Dann hat man geantwortet, man kann das nicht abbrechen, man wird eine Geldstrafe anwenden, hat der Landeshauptmann geantwortet. Ob das inzwischen geschehen ist, ist mir noch nicht bekannt. Ich werde darauf schon wieder zurückkommen. Das Gebäude steht nach wie vor im Wald, in der Nähe vom Issinger Weiher. In der Zwischenzeit hat man gesehen, daß man sehr wohl auch größere Gebäude abbrechen kann und die Ausrede, daß man keine Firma finde, ist beim Land lächerlich, es ist ein Betrieb für Wildbachverbauung, der eine ganze Reihe von Baggern hat, jedenfalls das Assessorat für öffentliche Arbeiten, das man natürlich in dem Fall nicht gut beauftragen kann, das kann ich verstehen, aber das an-

dere. Es ist ja lächerlich, einen so kleinen Rohbau, ein richtiges Ferienhäuschen, daß man den nicht abbrechen kann. Aber man wollte eben nicht. Der Fall von Feldthurns, wo einer beinahe 5.000 m³ seinerzeit mehr gebaut hat als er hätte dürfen, zum Teil auf Zonen für öffentliche Einrichtungen. Sicher hat er damals eine Lizenz erhalten, vollkommen ungesetzlich, der Landesausschuß hat diese annulliert, hat den Abbruch des Hauses bereits im Jahre 1975 beschlossen, geschehen ist natürlich nichts mehr. Das Lizenzamt hat auch für diesen Trakt die Lizenz erteilt, es ist schon eigenartig in dem Fall. Das Lizenzamt, in manchen Fällen, obwohl alle Voraussetzungen da sind, wie ich erst kürzlich erlebt habe, werden Leute Monate und Monate schikaniert, aber siehe da, obwohl der Abbruchbeschluß des Landesausschusses da war, die Lizenz ist ohne weiteres erteilt worden für eine Baumasse von 4.950 m³, die zuviel erbaut worden ist. Es ist also nichts mehr geschehen. Der Betrieb hat gearbeitet, der bekannte Unterwirt in Feldthurns, ich habe dann eine Anfrage gestellt, dann hat der Landesausschuß festgestellt, daß ein Abbruch nicht möglich ist ohne den übrigen Teil zu schädigen und man hat dann eine Geldstrafe verhängt. Hätte ich keine Anfrage gemacht in dem Fall, weil es ein SVP-Herr war, wäre überhaupt nichts mehr geschehen. Es war einmal ein Beschluß, der angeordnet hat, das abzubauen, passiert ist nichts mehr. Alles ist in Vergessenheit geraten. Solche Fälle sind nach der Reihe im Ahrntal drinnen. Der Vizebürgermeister von Taufers im Münstertal, wo ich darauf hingewiesen habe, daß er nicht nur gegen den Sanierungsplan oder gegen die Bestimmungen der Wiedergewinnungszone verstoßen hat, weil er an zwei Fronten einfach alles abgebrochen hat und nicht mehr saniert hat, hat das Assessorat selber festgestellt, daß er einen halben Meter zu hoch gebaut hat, jedenfalls zu hoch gebaut hat. Die Antwort war, es besteht kein öffentliches Interesse irgend etwas zu unternehmen, also nicht einmal eine Anwendung einer Geldstrafe. Wenn aber irgendeiner, der den Herren nicht genehm ist, 5 bis 10 cm zu hoch baut, dann bekommt er mindestens eine Geldstrafe, und wie, doppelter Wert, Millionen. Darauf wollte ich bei diesem Artikel hinweisen, mit welcher Selbstherrlichkeit dieser angewandt wird, welche Vetternwirtschaft hier betrieben wird in den verschiedensten Fällen, denn diese Fälle könnte ich nach Belieben fortsetzen. Wenn irgendeiner da ist, ich bin jetzt gespannt, bis jetzt habe ich keine Antwort, ich habe Ende Juli Anfragen gemacht über Glurns, wo ein Gemeindevorstand ohne jede Lizenz inmitten der Auen ein früheres kleines Pulvertürmchen in ein Ferienhaus umgewidmet hat, an Fremde vermietet, keine Baukonzession, keine Wohnbarkeitsgenehmigung, keine Lizenz, bis jetzt habe ich nichts gehört, ich habe sowohl an Landesrat Benedikter wie an den Landeshauptmann als Leiter des Lizenzamtes und der Verwaltungspolizei die Anfragen gerichtet. Mauern dort, ein Stadel wurde, die Träger wurden in die alte Stadtmauer eingefügt, auch von einem Gemeinderat. Da habe ich auch eine Anfrage gemacht, an das Denkmalamt. Wir werden ja sehen, was da gemacht wird. Das Ferienhäuschen in den Auen habe ich mir heuer im Sommer selber angesehen, es sind auch fremde Autos vor dem Haus

gestanden. Ohne jede Lizenz, ohne jede Baukonzession, ohne jede Benützungsgenehmigung, ohne Lizenz für Zimmervermietung ist das einfach gemacht worden und wird an Fremde vermietet. Die Herren oben haben das alle gewußt, der Bürgermeister usw. Es kann sein, daß es Ihr Amt nicht gewußt hat. Aber ich möchte jetzt sehen, was da geschieht. Bisher ist auf diesem Sektor einfach in einer Weise gearbeitet worden, die mit einem demokratischen Rechtsstaat überhaupt nichts mehr zu tun hat.

KASERER (SVP): Das, was der Kollege Lunger gesagt hat, hat er schon öfters wiederholt, also bei weitem nichts Neues, er könnte also ein Tonband hier laufen lassen. Aber in Ermangelung von anderem wiederholt er immer wieder dasselbe. Ich frage deshalb den zuständigen Landesrat, ob es stimmt, daß auch bei einer Gesellschaft, wo Kollege Lunger Aufsichtsratsvorsitzender ist, auch dort die baurechtlichen Bestimmungen nicht eingehalten worden sind. Man sagt, es handle sich um die Grüne Welle. Ich habe es vor zwei drei Tagen gehört und ich glaube, daß es richtig ist, daß man auch da fragt, denn wenn man anderen Lehren erteilen will, dann sollte man selbst zumindestens sehr genau die Bestimmungen einhalten. In diesem Zusammenhang habe ich noch eine Frage, ob es stimmt, das weiß der Kollege Lunger auch, er sei scheinbar auch im Laufe des Sommers dort gewesen, daß irgendwo eine Hütte gebaut worden ist im Wald, wo ein Intimfreund aus dem oberen Teil unseres Bezirkes maßgeblich beteiligt war und mich hat deshalb gewundert, daß hier diesbezüglich keine Anfrage eingebracht worden ist. Der Kollege Lunger sei scheinbar dort gewesen und habe, obwohl er genau wisse, daß das scheinbar nicht ganz in Ordnung sei, hier habe ich keine Anfrage gelesen; ich weiß auch einen anderen Fall, wo Freunde des Kollegen Lunger oder Verwandte die Baubestimmungen verletzen wollten auf seinen Rat hin und wo dann allerdings die Gemeinde eingeschritten ist. Das wäre jetzt nur auch einmal interessant zu erfahren, vor allem interessiert mich der Fall Grüne Welle, und vielleicht in diesem Zusammenhang wäre es schon interessant zu erfahren, was in den letzten Tagen ziemlich Staub aufgewirbelt hat, die Angelegenheit Schwarzenstein, wie hier vorgegangen wird, wenn eine Firma einfach ohne irgendwelche Genehmigung baut, daß hier meines Erachtens wesentlich schneller eingeschritten werden müßte als es zur Zeit meines Erachtens der Fall ist. Ich weiß, daß sich das Gericht damit befaßt, aber es geht doch einfach zu langsam.

BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, geförderten Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Ich gehe nicht auf Einzelfälle ein. Ich wäre nicht in der Lage, jetzt darauf einzugehen und es hat auch mit dem Artikel als solchem nichts zu tun, aber ich weise in aller Form das Ansinnen oder die Anklage der Vetterwirtschaft zurück, weil ich überzeugt bin, daß ich für meinen Teil wirklich dort, wo irgendein Bauvergehen, eine Bausünde uns zur Kenntnis gebracht wird, daß wir dort jedes Mal eingeschritten sind. Auch dort, wo man sagen könnte, der Landesrat hätte Interesse, nicht einzuschreiten. Sagen wir die Ferienhütten im Lasertal oder

im hinteren Martelltal. Selbstverständlich, es ist zur Kenntnis gebracht worden, lange nachdem diese Hütten entstanden waren, andere sind viel jüngeren Datums und wo die Landsleute gemeint haben, da werdet ihr wohl nicht mehr eingreifen, aber es gilt die Regel, daß für den Landesausschuß das Einschreiten möglich ist, sobald er in Kenntnis gesetzt wird und fünf Jahre ab offizieller Kenntnisnahme. Wir haben diese Möglichkeit jeweils wahrgenommen, allerdings auch, wir haben sie z.B. wahrgenommen in Fällen, wo wir eingeschritten, wo wir einen Abbruch verfügen und jetzt auch schon Unternehmen beauftragt hatten einzuschreiten. Und aufgrund der Anfechtung beim Staatsrat hat der Staatsrat dann entschieden, hat alles annulliert, weil er gemeint hat, und meiner Ansicht zu Unrecht gemeint, das ist so lange her, es besteht kein öffentliches Interesse mehr, das so viele Jahre, nachdem es geschehen ist, so viele Jahre nachher abzubrechen. Ihr müßt, ihr Land, die ihr ja die Aufgabe habt, das Gesetz einzuhalten, einhalten zu machen, Gesetzeshüter seid, ihr müßt von Fall zu Fall nicht nur sagen, wir stellen fest, es ist etwas gebaut worden, ohne Baukonzession oder die Baukonzession ist wesentlich überschritten worden, ihr müßt auch rechtfertigen, warum ihr jetzt, ob es nun fünf Jahre sind oder zehn Jahre sind oder meinetwegen auch nur weniger Jahre, warum ihr jetzt einschreitet, was meiner Ansicht nach gar nicht richtig ist. Denn wenn es eine klare Gesetzesverletzung ist, nicht nur eine Kleinigkeit betrifft, eine wesentliche Gesetzesverletzung ist, dann muß eingeschritten werden, muß abgebrochen werden, sofern die Voraussetzungen gegeben sind, unabhängig davon ob, dann zusätzlich noch ein öffentliches Interesse gegeben ist.

Ich kann nur noch sagen, was Feldthurns betrifft, wir sind eingeschritten, haben eingeleitet, alle diesbezüglichen Maßnahmen, die Schätzung und alles, bzw. die Feststellung ob das, was zuviel gebaut worden ist, abgebrochen werden kann, ohne die gesetzmäßigen Strukturen zu beeinträchtigen, usw. bevor Sie, Herr Abg. Lunger, Ihre Anfrage gemacht haben, einfach weil ich überzeugt bin, daß wir auch ohne daß eine Anfrage im Landtag erfolgt, ganz gleich von wem sie erfolgt, die Pflicht haben, einzuschreiten, um rechtsstaatliche Verhältnisse zu schaffen bzw. die rechtsstaatlichen Verhältnisse einzuhalten. Wobei ich sagen möchte, alles in allem, wo wir es erfahren, wir haben ja keine Polizei, keine Landespolizei, die Gemeinde für Gemeinde jedes Monat abgrast, um zu sehen, was passiert, daß wir dort wo wir es erfahren, wo wir irgendwie davon erfahren, einschreiten und das Unsrige getan haben. Wenn man so liest, wie im übrigen Italien ganze Stadtviertel, ganze Häusergruppen usw. mißbräuchlich entstanden sind und wie man jetzt, die Regierung will unter anderem den Haushalt sanieren bzw. neue Eingänge, neue Einnahmen schaffen, und zwar in Form von Hunderten von Milliarden, Einnahmen schaffen, indem sie diese mißbräuchlichen Stadtviertel saniert und dafür zahlen läßt, daraus irgendwie der italienische Staatshaushalt mit saniert werden soll, dann glaube ich, darf man schon den Schluß ziehen, daß wir hier in Südtirol, so wie ich gesagt habe, wir haben einen anderen Begriff der sozialen Gerechtigkeit und ich glaube, wir haben auch einen anderen Begriff, unseren

Begriff, einen mitteleuropäischen Begriff, dessen was ein Rechtsstaat ist, der nicht darin besteht, daß man sagt, das Gesetz machen und dann bleibt alles auf dem Papier, sondern tatsächlich, daß wenn ein Gesetz da ist, dann muß auch der Buchstabe eingehalten werden und muß auch durchgeführt werden.

LUNGER (PDU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Ausführungen des Landesrates Benedikter sind sicher sachlich, sind für mich aber in keiner Weise überzeugend, denn gehen Sie hinaus die Leute fragen, dann wird Ihnen gesagt, wieviel auf diesem Gebiete auch von Gemeinden Vetterwirtschaft betrieben wird.

Nur ganz kurz zu den Bemerkungen des Kollegen Kaserer. Er hat da richtig gezeigt, welchen Charakter er hat, welcher Feigling er letzten Endes ist. Er spricht zuerst von einem Freund von mir im Vinschgau, der etwas gebaut hätte. Ich habe erstens im Vinschgau mehrere Freunde, so daß ich nicht weiß, wer das sein könnte. Zweitens weiß ich auch nicht, wo und was das sein könnte. Wenn Sie das schon aufgreifen, dann sagen Sie mir bitte doch auch den Namen. Solange Sie diese Schneid nicht aufbringen, lieber Herr Kaserer, dann rate ich Ihnen, Ihren Mund zu halten, Sie blamieren sich nur selber.

Zweitens haben Sie davon gesprochen, daß Verwandte von mir irgendwo die Absicht gehabt hätten, einen Bau ohne Lizenz aufzustellen. Mein lieber Kaserer, erstens bin ich nicht der Hüter aller meiner Verwandten, die zum Teil auch parteipolitisch in einem ganz anderen Lager stehen, was auch ihr gutes Recht ist; zweitens müssen Sie mir schon sagen, wo das gewesen wäre und drittens, in dem Fall gleich schon die Intention - wenn dem so gewesen sein sollte - schon anzuprangen, wenn sie sich das dann doch überlegt haben, scheint mir wirklich lächerlich zu sein.

Als letztes, was die Grüne Welle betrifft, kann ich Ihnen versichern, lieber Kollege Kaserer, daß hier alles in Ordnung ist und gerade aufgrund eines ganz jüngsten Urteiles des Staatsrates. Baurechtlich ist überhaupt alles in Ordnung, gehen tut es da nur, ob im landwirtschaftlichen Grün ein Raum für das oder auch für etwas anderes benützt werden kann. Und da ist euer Gesetz schon so gemacht, wenn überhaupt hier von einem Verbot einer Nutzungsänderung die Rede ist, dann nur für Gebäude, die nach Inkrafttreten des Gesetzes gebaut worden sind. So, das ist das Gesetz aus dem Zusammenhang. Sicher ist nichts verboten bei Gebäuden, die seit Jahrhunderten oder vor dem Gesetz stehen und das wäre auch lächerlich. Wenn ein Haus schon seit Jahrzehnten oder Jahrhunderten in einem landwirtschaftlichen Grün steht und für Landwirtschaftszwecke kann es nicht mehr benützt werden, daß ich das dann für nichts anderes benützen soll können ist lächerlich. Aber auch aus dem Text geht das hervor. Außerdem muß ich sagen, hat auf diesem Gebiete der Staatsrat in einem jüngsten Urteil, daß nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofes die Strafe gefällt ist, gesagt, für eine reine Nutzungsänderung ohne bauliche Veränderung braucht es keine Lizenz und das hat der Staatsrat bewußt im Gegen-

satz zur Meinung des Obersten Gerichtshofes noch einmal festgestellt. Deswegen, hier sind wir in Ordnung, lieber Herr Kaserer, da brauchen Sie sich nicht zu sorgen, das lassen Sie nur unsere Sorge sein. Denn dann müßte man so manche private Rundfunksender, die auch im Vinschgau sind und manche im landwirtschaftlichen Grün oder darüberhinaus, wenn, dann gehen Sie sich die ansehen. Aber in dem Fall nur wegen der Benützung eines bestehenden Raumes, da bin ich wirklich nicht so kleinlich. Jedenfalls, hier ist alles in bester Ordnung und gesetzlich.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

GIUSEPPE SFONDRINI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola sull'art. 6? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 6 astensioni.

Passiamo alla trattazione dell'art. 4/bis, presentato dai consiglieri Lunger e Costalbano.

Art. 4/bis

(1) Il secondo comma dell'art. 20 della legge provinciale sull'ordinamento urbanistico viene sostituito dal seguente:

"(2) Per le zone di cui al comma precedente il piano regolatore deve stabilire la destinazione, la densità edilizia, le distanze dai confini dei terreni, nonché quelle fra gli edifici e l'altezza massima ammissibile. La determinazione delle rimanenti prescrizioni può essere riservata al piano di attuazione. Sulle singole particelle edilizie nette previste dal piano di attuazione può essere realizzata una cubatura massima rapportata all'estensione della cubatura complessiva ammessa per la zona interessata."

Chi chiede la parola? Consigliere Lunger.

LUNGER (PDU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gleich vorwegnehmen, daß diese Abänderungen ich alleine ausgearbeitet habe und der Kollege Costalbano mir den Gefallen getan hat, mir seine Unterschrift als technische Unterschrift zu geben, da ich sie erst heute eingereicht habe und deshalb zwei Unterschriften erforderlich sind und wir immer schon gesagt haben, daß wir uns gegenseitig alles unterschreiben, damit jeder die Möglichkeit hat, jederzeit eine Änderung einzureichen, da wir uns von euch die Möglichkeit, im Falle während der Debatte noch Änderungsanträge einzubringen, nicht nehmen lassen.

Der Sinn dieser Änderung ist folgender. Es kommt bei den Erweiterungszonen häufig vor, daß durch den Durchführungsplan die Kubatur nicht gleichmäßig auf die bestehende Fläche verteilt wird. Die Kubatur wird zwar korrekt, 50:50 oder 45:55 je nachdem, auf die beiden Hälften geförderter und freier Wohnbau verteilt. Das ist richtig, aber nicht die Flä-

schränkungen, von den Abständen innerhalb der Erweiterungszone und von den Vorschriften über die bebaute Fläche abweichen, während die Abstände der Gebäude von der Grenze der Erweiterungszone nicht weniger als die Hälfte der Höhe dieser Gebäude betragen wird." Also, da gibt es kein Abweichen, was die Abstände der Gebäude von der Grenze der Erweiterungszone betrifft. Diese Bestimmung gilt nicht, wenn der Eigentümer der benachbarten Wohnbauzone das Bauen an der Grenze der Erweiterungszone erlaubt. Und dann noch: die Abstände von den außerhalb der Erweiterungszone bestehenden Gebäuden dürfen nicht geringer sein als die Höhe des höchsten Gebäudes, es sei denn es wird angebaut. Diese Bestimmung ist eingeführt worden mit dem Wohnbaureformgesetz und dann abgeändert worden im Jahre 1978 mit dem Gesetz Nr. 23 und zwar aufgrund der gemachten Erfahrungen im Sinne, daß eine gewisse Elastizität im Durchführungsplan zugelassen werden soll, immer unter Einhaltung der Grundregeln. Ich bin nicht der Ansicht, daß wir das jetzt ohne Not wieder ändern.

LUNGER (PDU): Landesrat Benedikter hat hier etwas gesagt, was ich natürlich weiß, nur hat er eines verschwiegen, nämlich, daß nicht die Bestimmung drinnen, daß auf den einzelnen vom Durchführungsplan gebildeten Nettobauzellen nur so viel Kubatur verwirklicht werden darf wie diese Fläche der gesamten Nettobaufläche entspricht, bezogen auf die gesamte in der Zone zulässige Kubatur. D.h. was ich aufgezeigt habe ist gerade aufgrund dieser Bestimmung immer wieder gemacht worden und wird noch gemacht. Denn hier heißt es zwar, Herr Landesrat Benedikter, daß der Durchführungsplan die gesamte Erweiterungszone erfassen und die im Bauleitplan festgesetzte Widmung und Baumassendichte einzuhalten hat. In seiner Gesamtheit, nicht aber bezogen auf die einzelnen Bauparzellen. Das ist ein Unterschied. Natürlich, wenn ich alle Baumassen, die dann veröffentlicht werden, zusammenzähle, komme ich zur gesamtzulässigen Baumasse, die aber bezogen auf die gesamte Fläche ohne Abzug der Infrastrukturen berechnet wurde. Aber dann die Baufläche der einzelnen Baulose entspricht absolut nicht, lange nicht immer dem richtigen Verhältnis. Sondern in einem ist dann verhältnismäßig zu diesem Baulos oft viel mehr, im anderen viel weniger und insgesamt alle zusammen ergeben schon das gesamtzulässige Ausmaß. Das geschieht hier dauernd immer noch, Herr Landesrat Benedikter, deswegen ist das nicht das gleiche, von dem was ich da vorschlage. In dem Punkt haben Sie sicher recht, daß innerhalb im Rahmen der Erarbeitung des Bauleitplanes ein gewisser Ermessensspielraum sein muß, aber in dem Punkt bin ich der Meinung, daß der Ermessensspielraum falsch ist, weil er zu einer Ungerechtigkeit führt, zu einer verschiedenen Güte des Wohnraumes, der errichtet wird, weil nämlich da nicht überall verhältnismäßig gleich viel Grundfläche vorhanden ist. Deswegen, es stimmt nicht, was Sie da sagen.

DUBIS (SVP): Kollege Lunger! Sie haben sicherlich recht, wenn Sie hier behaupten, daß dieser von Ihnen vorgelegte Text eine Änderung ist im

Verhältnis zu den bestehenden Bestimmungen. Es kommt schließlich und endlich nicht auf das gleiche hinaus, weil ja hier mit dieser Formulierung die Elastizität der Baumassendichte abgeschafft würde; für jede einzelne Bauparzelle käme nur die an sich vorgesehene Kubatur, Maximalkubatur für jede einzelne Parzelle vor. Ich möchte in diesem Zusammenhang folgendes zu bedenken geben. Wenn ein Eigentümer gleichzeitig Eigentümer nicht einer Parzelle ist, sondern Eigentümer von zehn Parzellen ist, die alle aneinandergrenzen, dann würde er durch diese hier von Ihnen vorgeschlagene Bestimmung gezwungen, den Bau oder die Baulichkeiten auf diesen zehn Parzellen getrennt aufzuführen, er müßte also auf zehn Parzellen zehn getrennte...

LUNGER (PDU): (Unterbricht)

DUBIS (SVP): Also, mit dieser Bestimmung könnte die Baumasse dann nicht mehr zusammenhängen, so daß vielleicht die letzte Parzelle auf der einen Seite ausgespart wird für Grün oder die erste auf der anderen Seite, sondern die Kubatur müßte gleichmäßig auf alle Parzellen verteilt werden und das erscheint mir wirklich nicht sinnvoll, weil dann in der baulichen Gestaltung dem Architekten jegliche Freiheit genommen wird und in der baumäßigen Verwirklichung jede Elastizität in der Konstruktion wegfällt, weil ja die Kubatur gleichmäßig auf alle zehn Parzellen verteilt werden muß. So habe ich das verstanden und das ist sicherlich eine Änderung gegenüber den bestehenden Bestimmungen, aber so wie ich das sehe eine Verschlechterung gegenüber den bestehenden Bestimmungen.

BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, geförderten Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Da geht es im Art. 20 des Raumordnungsgesetzes um Auffüllzonen. Auffüllzonen heißt, daß sie teilweise bereits verbaut sind und sie könnten auch mit einer Baumasse verteilt sein auf den einzelnen Bauparzellen die Gesamtdichte, wenn man sie auf die einzelnen Bauparzellen überträgt, wenn man sie rein flächenmäßig, im Verhältnis zur Fläche die Gesamtdichte überschreitet, aber das ist alter Baubestand, der eben deswegen nicht abgebrochen werden kann, damit man ja auf allen Bauparzellen genau nur die Baumasse verwirklicht, die im Verhältnis der Fläche zulässig wäre. Da steht genau, der Bauleitplan muß die Baumassendichte auch für die Auffüllzonen festsetzen, dann die weiteren Bestimmungen; und im besonderen, die Verteilung der Baumassendichte auf die einzelnen Bauparzellen wird dem Durchführungsplan überlassen. Es ist ja gar nicht anders möglich, nachdem ja diese Auffüllzonen mehr oder weniger verbaut sind, mehr oder weniger harmonisch verbaut sind oder im Verhältnis zur Bauparzelle verbaut sind. Das kann man nicht im vornhinein festlegen, da muß diese Elastizität zugelassen werden. Im übrigen würde Ihre Bestimmung, so wie sie da formuliert ist, die würde an sich an der Sache gar nichts ändern.

COSTALBANO (NS-NL): Ho seguito attentamente il dibattito che è sorto in merito a questo emendamento e devo dire che, purtroppo, mi sembra che abbia ragione l'assessore Benedikter, perché effettivamente c'è una diversa interpretazione circa la portata dell'emendamento. Credo che vi sia una confusione tra zone di espansione e zone di completamento. Nelle zone di completamento le varie parcelle possono avere una edificazione diversa; allora se si dà ad ogni parcella un grado di cubatura si va fuori dal contesto complessivo della zona di completamento. La zona di completamento può avere una cubatura media, ed allora, se abbiamo una differenza di cubatura all'interno delle varie parcelle, se noi diamo la licenza edilizia ad una parcella che è vuota di edificare a livello di quella parcella lì, non è possibile perché aumenta la cubatura dell'area di completamento.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 4/bis: respinto a maggioranza con un voto a favore ed un'astensione.

Art. 7

(1) L'art. 28 dell'ordinamento urbanistico provinciale è sostituito dal seguente:

"Intervento d'ufficio della Giunta provinciale

(1) Quando le opere siano eseguite senza concessione di costruzione o in difformità da questa, l'Assessore provinciale all'urbanistica può disporre la sospensione dei lavori invitando il sindaco ad adottare le sanzioni di cui all'art. 27 entro un termine all'uopo fissato. In caso di inerzia del sindaco le sanzioni di cui all'art. 27 possono essere applicate dalla Giunta provinciale. L'acquisizione viene fatta a favore della Provincia con decreto del Presidente della Giunta provinciale, previa delibera della Giunta provinciale. Il decreto è vidimato e reso esecutivo dal pretore nella cui giurisdizione ricade l'opera.

(2) La sospensione non può avere una durata superiore a tre mesi dalla data della notifica.

(3) I provvedimenti sono notificati a mezzo dell'ufficiale giudiziario nelle forme e con le modalità previste dal codice di procedura civile, al titolare della concessione o, in mancanza di questa, al proprietario della costruzione, nonché al direttore dei lavori e al titolare dell'impresa che li ha eseguiti o li sta eseguendo e comunicati all'amministrazione comunale.

(4) I provvedimenti della Giunta provinciale sono emanati, previo parere della commissione urbanistica provinciale, entro 5 anni dal rilascio della licenza d'uso di cui all'art. 6 della legge provinciale 21 ottobre 1963, n. 14, o dalla dichiarazione di agibilità."

Chi chiede la parola sull'art. 7? Consigliere D'Ambrosio.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, più che un intervento sull'articolo faccio la richiesta all'Assessore, affinché spieghi l'interpretazione che si dovrebbe dare a questo articolo. Dico ora la mia interpretazione, poi l'Assessore dirà se questa è giusta o no.

Credo che l'art. 28, dell'ordinamento urbanistico, che si intende sostituire tende a regolamentare come la Provincia si sostituisca ai comuni in caso di inadempienze qualora certi edifici vengano realizzati in difformità dalla licenza o addirittura in assenza di questa. E prevede appunto delle sanzioni. Però, al primo comma c'è un passaggio dove si dice: "L'acquisizione viene fatta a favore della Provincia, con decreto del Presidente della Giunta previa delibera ecc.ecc. "Allora, questo passaggio è immediatamente successivo a quello delle sanzioni. Quindi, la domanda precisa che si fa è questa: per sanzioni si intende una contravvenzione, una penale o qualche cosa che si quantifica in lire e queste verrebbero acquisite dalla Provincia autonoma. Chiedo se è questa l'esatta interpretazione o se per acquisizione si intende dell'altro. L'acquisizione materiale del terreno e dell'immobile. Credo che ciò non debba essere, ma vorrei appunto chiarimenti da parte dell'Assessore.

Poi, sempre in termini di richieste di precisazione, se riteniamo, nell'ambito di un coinvolgimento dei comuni in questo senso e di aiutarli anche quando non intendono intervenire; ma non so il perché dovrebbe essere la Giunta provinciale ad acquisire un'eventuale contravvenzione e non gli stessi comuni, essendo costoro le prime "vittime", qualora vi sia una costruzione in assenza di licenza o in deroga alla medesima.

MITOLO (MSI-DN): Signor Presidente, signor Assessore, proprio per chiarire questo problema. Che la Giunta debba intervenire in sede di tutela e quindi essendo l'organo superiore non c'è dubbio, ma che la Giunta a questo titolo poi pretenda anche di acquisire gli introiti del provvedimento, forse può essere giustificato perché in questo modo può coprire le spese del suo intervento, ma non mi pare che possa averne il titolo. Può intervenire su una omissione, da parte del comune o del sindaco, per far rispettare al comune ed al sindaco quella che è la legge, ma in ogni caso deve restare salvo che è il comune ad acquisire il beneficio dell'intervento della Giunta provinciale e non la Giunta provinciale. Se poi addirittura si trattasse di espropriare il terreno o la costruzione, a maggior ragione mi sembrerebbe un assurdo esagerato che fosse la Provincia ad ottenere la proprietà di che si discute. Qui sono ipotizzabili, se è così e lo dico esclusivamente come ipotesi, sono ipotizzabili anche da parte della Giunta interventi che sicuramente vanno al di là dell'esito. In ogni caso, quello che voglio far notare è che se un sindaco non funziona lo si rimuove. Ci debbono essere gli strumenti per rimuoverlo, si nomina un commissario per il problema ad hoc, ma addirittura si rimuove proprio il sindaco se non fa il suo dovere. Questo non significa che ci

si debba sostituire in toto alla persona. Esiste anche un Consiglio comunale che deve prendersi le proprie responsabilità, esistono poi le denunce per omissione di atti d'ufficio che credo sia l'arma migliore a disposizione dell'organo di tutela.

C'è poi il comma quattro che dice: "I provvedimenti della Giunta sono emanati previo parere della Commissione urbanistica provinciale entro cinque anni dal rilascio della licenza d'uso, di cui all'art. 6". Quindi, avete tempo cinque anni, addirittura, per affrontare il problema. Se è così credo che esistano tutte le garanzie per fare in modo che la questione sia risolta o con l'allontanamento della persona o con dei provvedimenti ben chiari e ben precisi. Non capisco sinceramente, così come è formulato questo articolo. Tanto più, deve provvedere il Comune, perché è poi il Comune che rilascia i permessi di costruzione. Non so, come ultima valutazione, se questo articolo, per caso, sia stato introdotto anche per effetto di quegli eventi che hanno tenuto desta l'opinione pubblica in provincia di Bolzano, che riguardavano in particolare la costruzione di case da parte del demanio militare. Non so se queste valutazioni siano state fatte in questa ottica ed in questa prospettiva. Non so se fra il resto a tutt'oggi, siano stati presi e resi esecutivi, o si tenda ad accelerare il procedimento di questo articolo verso quelle costruzioni abusive di cui il Consiglio ha preso atto e conoscenza a seguito di interrogazioni di colleghi, che in qualche caso mi pare andassero ben oltre il semplice abuso. Erano vere e proprie violazioni di principi e di ben definite leggi anche provinciali, a proposito delle quali, io, anche se la materia può sembrare non di competenza di questa discussione, desidererei qualche notizia. La Provincia nei confronti di coloro i quali hanno apertamente violato le leggi sulle concessioni e sulle costruzioni (qual famoso albergo di Velturmo o cose simili) quale situazione si è determinata? Che provvedimenti si sono presi e qual è lo stato di queste costruzioni? Vorrei sapere la posizione sia di carattere giuridico che sostanziale.

BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, geförderten Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Ich müßte in erster Linie wiederholen, was im Bericht drinnen steht und der Bericht sollte eigentlich gelesen worden sein. Die genannten Artikel 6, 7 und 8 beziehen sich auf die Strafen oder Sanktionen für widerrechtliche Bauten und auf die vom Landesauschuß ausgeübte Überwachung der Bautätigkeit. Dazu sei bemerkt, daß die geltende Regelung in Kraft bleibt, mit einer kleinen Änderung. Es ist nichts als die Wiederholung der geltenden Regelung, die Artikel 27, 28 und 28/bis des Landesraumordnungsgesetzes. Warum überhaupt es hier bringen? Die einzelnen Artikel werden klarer formuliert, heißt es. Dies ist deshalb notwendig geworden, weil mit dem Art. 12 des Landesgesetzes vom 3. Jänner 1978, Nr. 1, über die Baurechtsreform die Strafen von Art. 15 des Landesgesetzes vom 28. Jänner 1977, Nr. 10, übernommen wurden, ohne daß die Bestimmungen von Artikel 13, 14, 16 und 21 des Landesgesetzes vom

20. September 1973, Nr. 38, ausdrücklich außer Kraft gesetzt worden wären. Also eine Koordinierung von bisher geltenden Bestimmungen, wo sich also Widersprüche irgendwie herausgestellt haben. Wobei ich sagen muß, daß eben diese Bestimmungen, nicht nur die eigentlichen strafrechtlichen Sanktionen, sondern auch die verwaltungsrechtlichen Sanktionen vom Staatsgesetz übernommen worden sind, sic et simpliciter übernommen worden sind, aus der einfachen Überlegung, daß es nicht gut wäre, wenn, besonders im Hinblick auf die häufigen oder systematischen Anfechtungen, die unsere baulichen Verfügungen erfahren, Anfechtung beim Staatsrat, auch diesbezüglich abzuweichen, denn wir haben ja erlebt, daß der Staatsrat die Tendenz hat, so viel als möglich die Grundsätze und die Auslegungsregeln des Staatsgesetzes anzuwenden und so wenig als möglich die Besonderheiten der Landesgesetzgebung, der autonomen Gesetzgebung zu beachten. Wenn irgendwie möglich läßt er den Grundsatz des Staatsgesetzes zur Geltung kommen. Es hätte deswegen keinen Sinn gehabt, die verwaltungsrechtlichen Sanktionen, die strafrechtlichen können wir sowieso nicht ändern, aber nachdem die verwaltungsrechtlichen Sanktionen ihrerseits vielfach Voraussetzung sind für die strafrechtlichen Sanktionen, diesbezüglich etwas zu ändern. Das ist eine Wiederholung der staatlichen verwaltungsrechtlichen Sanktionen. Ich glaube, ihr habt doch sicher alle davon gehört, daß hier vorgesehen ist die sogenannte Ersatzvornahme. Im Art. 27 ist die Rede von den Pflichten der Gemeinde, die in erster Linie vorgehen muß, und zwar der Bürgermeister. Er übt diese Funktion als autonome Funktion aus, er muß also auch dementsprechend vorgehen im Falle von Vergehen usw. Jedoch, wenn der Bürgermeister nicht seine Pflicht tut ist im Staatsgesetz und in allen Regionalgesetzen dieselbe Regelung, d.h. die sogenannte Ersatzvornahme "controllo sostitutivo", von der ihr doch einiges gehört haben solltet. Diese Ersatzvornahme besteht darin, nicht, daß der Bürgermeister abgesetzt wird oder daß der Gemeinderat aufgefordert wird, den Bürgermeister abzusetzen, sondern daß die Stelle, also in ganz Italien ist es der Regionalausschuß, daß diese Stelle die Pflicht hat, ihrerseits diese Maßnahmen zu treffen. Und daraus ergeben sich dann die weiteren Folgerungen, daß wenn der Bürgermeister nichts tut, unbeschadet dessen, ob er dann wegen Unterlassung von Amtshandlungen bezichtigt wird, unbeschadet dessen, wer anstelle des Bürgermeisters, die Region, die anstelle des Bürgermeisters vorgeht, auch um eine Sanktion, um die es hier geht, diese eine Sanktion, d.h. die Aneignung des Objektes, wenn es für öffentliche Zwecke dienlich ist, vornehmen muß.

Ich gehe jetzt nicht ein auf Feldthurns. Sie haben Gelegenheit, durch Anfragen alles zu erfahren, was Sie wissen wollen. Nur das mit dem Militär, mit dem Vorgehen gegenüber den Militärbauten, den vier Bauten mit je 20 Wohnungen in Bozen oder gegenüber dem Militär in Brixen, wo das Militär Dienstwohnungen im Begriffe ist jetzt zu bauen auf einem Schießstand, der vor dem Zweiten Weltkrieg als Schießstand aufgegeben war und das Militär baut jetzt dort Dienstwohnungen, weil man sagt, diese Dienstwohnungen sind im Dienste der Verteidigungsanlagen des Schießstandes und

die Wohnungen werden gebaut anstelle des Schießstandes. Aber, bitte, der Staatsrat hat da entschieden. Es ist egal, Dienstwohnungen kann man auch bauen, wenn sie weiß Gott wie weit entfernt sind von der Verteidigungsanlage, in deren Dienst dann die Militärpersonen stehen. Das ist für mich eine willkürliche Auslegung, die nichts mehr mit dem Sinn des Gesetzes zu tun hat.

Jedenfalls, diese Bestimmungen hier, die eine Wiederholung sind dessen was bestanden hat schon seit 1960, haben mit den Ereignissen und dem Vorgehen des Militärs nichts zu tun, sondern aufgrund dieser Bestimmungen sind wir gegenüber dem Militär vorgegangen, weil wir die Pflicht haben es zu tun, und wie gesagt, wir wissen ja was daraus geworden ist. Diese Bestimmungen hier werden nicht geändert, in diesem Zusammenhang.

LUNGER (PDU): Herr Präsident! Landesrat Benedikter hat hier einmal einerseits zugegeben, daß da eine Koordinierung notwendig ist, da sich bisher Widersprüchlichkeiten ergeben haben. Diese Koordinierung ist sicher notwendig, nur hätte die schon damals gemacht werden sollen, wenn die Baurechtsreform beschlossen worden ist, vor fünf Jahren. Landesrat Benedikter bestätigt, was ich immer wieder sage, daß sich kaum ein Mensch auskennt und alles ein Durcheinander ist. Landesrat Benedikter hat weiters recht, wenn er sagt, daß der Staatsrat, wenigstens teilweise, die Tendenz hat, den Sinn oder den Inhalt der staatlichen Gesetze, wenn sich Landesgesetze und staatliche irgendwie ergänzen, irgendwie den Vorrang zu geben. So haben Sie es irgendwie gesagt, wenn ich richtig verstanden habe. Nun aber, die Landesregierung ist an diesem Zustand nicht unschuldig, ganz im Gegenteil. Ich weiß nur einen konkreten Fall, es gibt sicher mehrere, und das ist die damalige Übernahme der Seilbahn nach Jenesien, da wurde von ursprünglichen Inhabern Rekurs eingereicht, auf das zuständige Landesgesetz bezug genommen und eben Verletzungen des Landesgesetzes eingewandt, das da eine bestimmte Prozedur vorsieht. Das Land selber, dessen Anwalt natürlich, aber es ist immer das Land, das sich in den Streit eingelassen hat, hat eingewendet, dieser Punkt ist von diesem Gesetz nicht genau geregelt oder nicht geregelt und wäre so eine Art Gesetzeslücke und da hat der entsprechende Artikel bzw. die entsprechende Bestimmung des Staatsgesetzes angewandt zu werden. Und auf Einwand der Provinz wurde dann der Rekurs in dem Punkt abgelehnt, weil ja nach einem staatlichen Gesetz das nicht so vorgesehen war. Also, das Land selber in Rekursen vor dem Staatsrat gegen die Privaten, wenn es irgendwie glaubt, daß es für das Land vorteilhaft sein könnte, wendet immer ein, daß das Staatsgesetz doch so sei und daß dann dafür das Land besser sei. Das ist die allgemeine Praxis des Landesausschusses bzw. von dessen Anwälten. Dann werft doch nicht ihr dem Verwaltungsgerichtshof vor, daß er da die Tendenz habe, staatliche Gesetze hereinzubringen. Wenn ihr das immer dann, wenn es euch vorteilhaft erscheint, selber beantragt. Meine Herren, das möchte ich auch einmal sagen.

BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, geförderten Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Der Abg. Lunger vergißt, daß es eine eigene Bestimmung gibt im Autonomiestatut, also verfassungsrechtliche Bestimmung, die besagt, so weit die Landesgesetzgebung, die autonome Gesetzgebung nichts bestimmt, gilt die Staatsgesetzgebung, denn sonst müßten wir ja hergehen und durch die Landesgesetze systematisch alle Staatsgesetze, die irgendwie mit unseren Sachgebieten zu tun haben, systematisch übernehmen. Das ist bisher nicht erfolgt. Warum? Weil es vielfach nicht viel Sinn hat, die Gesetze zu wiederholen, so weit sie eben überhaupt noch dienlich sind.

Ich wollte noch etwas sagen, was den Termin betrifft. Wir haben da einen Termin eingeführt, da bestimmen wir etwas anderes. Wir führen für den Landesausschuß, für die Ersatzvornahme den Termin von fünf Jahren ein, in Italien gibt es diesen Termin nicht. Wir haben ihn eingeführt, weil uns vorkommt, daß damit die Landesregierung oder die Regionalregierung, in unserem Fall die Landesregierung, einschreiten soll, aber es soll dann ein vernünftiger Zeitraum gegeben sein innerhalb welchem eingeschritten wird, und nicht einfach nachdem sie es erfährt wieder Jahrzehnte verstreichen können. Wir haben also den Termin von fünf Jahren bereits eingeführt gehabt, ab Ausstellung der Benützungsgenehmigung. Im übrigen Italien gibt es diesen Termin nicht und die Gemeinde als solche hat für ihr Einschreiten auch keinen Termin. Da haben wir nichts geändert, weil wir diesbezüglich eben nichts ändern wollen an dem, was man etwa auch unter Gemeindeautonomie einreihen könnte. Aber wir haben für die Landesregierung diesen Termin eingeführt, weil uns vorkommt, daß es etwa rechtsstaatlicher ist, wenn ein Termin festgesetzt wird ab dem Zeitpunkt, wo das Land erfährt, und dieses Erfahren kann auch darin bestehen, daß jemand zum Landesrat geht und sagt, wissen Sie was das und das ist. Und dann kann der Landesrat nicht einfach sagen, gut Sie haben es mir privat gesagt und das weiß ich nicht, sondern das hat man ihm eben zur Kenntnis gebracht. Also fünf Jahre ab zur Kenntnisbringung des Tatbestandes.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola sull'art. 7? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 5 astensioni.

Art. 8

(1) L'art. 28/bis dell'ordinamento urbanistico provinciale é sostituito dal seguente:

"Annullamento di provvedimenti in contrasto con le norme urbanistiche
(1) Entro 5 anni dalla loro adozione i provvedimenti comunali che autorizzano opere non rispondenti alle norme o alle prescrizioni di cui al precedente art. 26 possono essere annullati dalla Giunta provinciale previo parere della commissione urbanistica provinciale.

(2) Il provvedimento di annullamento é emesso entro sei mesi dall'accertamento da parte della Giunta provinciale delle violazioni di cui al primo comma ed é preceduto dalla contestazione delle violazioni stesse

al titolare della concessione, al proprietario della costruzione e al direttore dei lavori, nonché all'amministrazione comunale con l'invito a presentare controdeduzioni entro un termine all'uopo prefissato.

(3) In pendenza della procedura di annullamento la Giunta provinciale può ordinare la sospensione dei lavori, con provvedimento da notificare a mezzo di ufficiale giudiziario nelle forme e con le modalità previste dal codice di procedura civile ai soggetti di cui al precedente comma e da comunicare all'amministrazione comunale. L'ordine di sospensione cessa di avere efficacia se entro tre mesi dalla notificazione non sia stato deliberato l'annullamento di cui al primo comma.

(4) Intervenuta la deliberazione di annullamento, che viene notificata ai sensi del comma precedente, la Giunta provinciale applica le disposizioni previste nel precedente art. 27."

Chi chiede la parola sull'art. 8? Nessuno. Lo pongo in votazione. E' stata chiesta la verifica del numero legale: sono presenti solo 16 consiglieri.

La seduta deve essere sospesa per un'ora. Poiché l'ora coincide con la chiusura dei lavori del Consiglio, comunico che i lavori si riprenderanno alle ore 16.

La seduta è sospesa.

ORE 12.15 UHR

ORE 16.20 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta viene ripresa.

Metto in votazione l'art. 8, già letto questa mattina. Come ricorderete la votazione era stata sospesa per la mancanza del numero legale.

Metto ora in votazione l'art. 8: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 9

(1) Il secondo comma dell'art. 38 dell'ordinamento urbanistico provinciale viene sostituito dal seguente:

"(2) Gli esperti di cui ai n. 3 e 4 del primo comma dell'art. 29 possono assumere, nell'ambito del territorio del comune della cui commissione edilizia fanno parte, solamente incarichi di pianificazione urbanistica e di progettazione di opere e impianti pubblici, purché questi ultimi vengano conferiti mediante pubblico concorso."

Chi chiede la parola sull'art. 9? Consigliere Stecher.

STECHER (KPI): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Artikel will man etwas Neues einfügen und verankern, das es in der Vergangenheit nicht gegeben hat, zumindest gesetzlich nicht, und zwar sollten Sachverständige für Urbanistik und Landschaftsschutz in den Gemeindekommissionen an der Erstellung von Projekten, Anlagen usw. teilhaben können. Das bedeutet nicht nur teilhaben, sondern auch die Projekte erstellen können und auch dafür bezahlt werden, genau wie jeder Freiberufler oder wie jeder sonstige, der an einem Wettbewerb, sofern es einen Wettbewerb gibt, teilnehmen kann. Die Begründung wird hier folgendermaßen gesagt, daß diese Sachverständigen das Gebiet vielfach besser kennen. Das kann auch stimmen und wird in vielen Fällen auch der Fall sein. Uns geht es hier aber um etwas anderes, denn in der Vergangenheit hatten wir schon solche Varianten. Auf Landesebene wissen wir, daß es dem Landeschefingenieur gestattet ist Pläne zu entwerfen, er arbeitet neben seinem Beruf wie ein Freiberufler. Ich möchte gerne, daß man das nachforscht.

Ich weiß auch von einer Reihe von Plänen, die erstellt worden sind. Das ist aber nur dem Chefindingenieur des Landes eingeräumt. Deshalb kann man auch verstehen, daß ein solcher Bediensteter auch kein Interesse gehabt hat, frühzeitig wie alle anderen in Pension zu gehen. Ich möchte hier keinen Skandal machen, aber diese Dinge hat es gegeben. Ebenfalls hat es Fälle in Gemeindebaukommissionen geben, deren Mitglieder Pläne erstellt haben. Der Kollege Müller weiß selber einen Fall. Ich möchte hier nur einen Fall zitieren, und zwar von St. Valentin auf der Haide, wo ein Geometer in der Baukommission war, gegenüber dem das Land und auch die Gemeinde gegen widerwillige Bauten von sogenannten überländlichen Bauten, die schon seit neun Jahren blockiert sind, Einspruch erhoben hat. Und die befinden sich in der Nähe des Kollegen Müller, das eine Schande in diesem Dorf ist. Man hat einen solchen Mann beauftragt und da sieht man, was passiert. Dann beauftragt man ihn, den Entwurf eines Kindergartens...

Übrigens weiß jeder und der Landesrat Benedikter wird es selber wissen, daß dieser Kindergarten in den letzten zwei Jahren mit einem zweiten Dach neu bedeckt werden mußte, weil im Kindergarten, der erst seit zwei Jahren in Funktion ist, das Wasser durchgesickert ist. Also einer, der dort ortsgemäß die Kenntnis hat und weiß, wieviel Schnee im Winter fällt. Nicht immer sind die Ortskenntnisse ausschlaggebend. Dieser Mann mußte natürlich, sobald sein Projekt angenommen worden ist, zurücktreten. Ein solcher Mann, der ein Projekt entwirft, hat einen entscheidenden Einfluß in der Baukommission und in der Sanitätskommission. Wir erachten, daß heute die Situation wesentlich anders ist als vor einigen Jahren. Der Arbeitsmarkt bietet heute so manches an, wo wir nicht mehr gezwungen sind, gewisse Dinge in Anspruch zu nehmen. Es gibt eine gewisse Verärgerung unter den Freiberuflern. Einer muß entscheiden, entweder er läßt sich in die Kommissionen hineinwählen oder er bleibt draußen und hat

volles Recht zu jedem Wettbewerb, wenn er die Voraussetzungen hat, daran teilzunehmen.

Ich glaube, wir öffnen hier mit dem Artikel ein Tor, dessen Ausmaß man noch nicht absehen kann und man die Konsequenzen haben wird. Denn wie kann einer, der selber ein Projekt macht, über sein Projekt entscheiden. Er macht selber den Richter über seine eigene Sache! Hier sagt man, er ist ja in diesen Kommissionen. Diese Projekte werden ja in den Kommissionen behandelt...

ABGEORDNETER: (Unterbricht - interrompte)

STECHER (KPI): Nein, das ist nicht ein Mißverständnis, so haben Sie es auch in der Einleitung geschrieben, daß es ganz klar ist, daß diese Mitglieder der Baukommissionen Projekte ausarbeiten müssen und für ein Projekt, das ausgearbeitet wird, wird man dementsprechend auch bezahlt. Solange es nur ginge, daß sie Einfluß haben, Vorschläge machen usw. da haben wir absolut nichts dagegen.

In der Kommission ist schon über dieses Problem gesprochen worden, es ist eine Abänderung diesbezüglich getroffen, und zwar auf dem Wege der Ausschreibung. Für uns ist es jedenfalls nicht genügend und diesen Artikel sehen wir als ein gefährliches Ventil, das so manche andere Probleme, nicht nur in den Gemeinden, sondern auch auf Landesebene mit sich ziehen kann.

BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, geförderten Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Ich verstehe wirklich nicht; der Artikel ist schon da gewesen und wird jetzt noch gegen die Vetternwirtschaft ausgedehnt, nämlich, wer Mitglied einer Baukommission ist, ob es der Landesbeauftragte ist oder der Gemeindetechniker, darf keinen Auftrag von Bauten in der Gemeinde annehmen, mit Ausnahme der Ortsplanung und der öffentlichen Arbeiten, die im Wege von Ausschreibungen vergeben werden. So ist es doch. Sie sind da durch die Formulierung irregeführt, sie dürfen nur annehmen. Aber es wird jetzt ausgedehnt, nicht nur der Landesbeauftragte, sondern auch der Gemeindetechniker, denn es wäre ungerecht gewesen zu sagen, der Landesbeauftragte darf nichts annehmen. Der Gemeindetechniker, der auch drinnen ist und dasselbe Gewicht hat, der jedenfalls gleichgewichtig Mitglied ist und sich dafür oder dagegen aussprechen kann, der schon. Also, keiner von beiden. Es wird das Verbot ausgedehnt, in der Gemeinde Aufträge für private Bauten anzunehmen, mit Ausnahme der Ortsplanung und von öffentlichen Bauten, die im Ausschreibungswege vergeben werden. Also, wir verschärfen dieses Verbot um entgegenzuwirken, daß sich auf diese Weise jemand selber in der Gemeindebaukommission beurteilen kann. Genau das Gegenteil der Befürchtungen, die Sie vorgebracht haben.

STECHEK (KPI): Sie werden mich verstanden haben, daß ich nicht gemeint habe, nur das Projekt oder ein Projekt einer Schule zu erstellen. Aber Sie wissen selber, in der Planung einer Ortschaft werden die entscheidenden Weichen entschieden und beschlossen, genau wie auf dem Gebiete des Landschaftsschutzes. Das sind weite Begriffe. Und hier wird entschieden. Hier können persönliche Interessen, gerade in einem Dorf, entschieden werden, wo mancher über Nacht reich werden kann. So wie es vor einigen Jahren in der Gemeinde Brixen passiert ist. Wir meinen nicht nur ein Schulprojekt. Die Ortsplanung ist ein weiter Begriff und wir sind noch derselben Meinung, denn hier liegt nämlich der "Hund" begraben, daß man von diesen Dingen die erste Stufe macht, um zu allen anderen Problemen zu kommen.

COSTALBANO (NS-NL): Assessore mi perdoni, ma il testo che io esamino è quello in italiano, e dice: "Agli esperti in urbanistica ed in tutela del paesaggio nelle commissioni edilizie comunale non dovrebbe essere vietata ecc.ecc." E' vero che si dá una possibilità a questi esperti che prima non esisteva. Allora che cosa significa questo? Già in molti casi la nomina di questi esperti all'interno delle commissioni dipende assolutamente da rapporti di carattere funzionale all'interno del comunale, ma anche di rapporti di carattere politico. Ci deve essere una sovrapposizione di questi incarichi e sono convinto che potrebbe anche assumersi l'onere e l'onore della programmazione a livello tecnico, oltre che a livello decisionale, amministrativo e politico, perciò io insisto sulla necessità di separare di due momenti sempre di più. Le decisioni di carattere politico-amministrativo da una parte e le elaborazioni di carattere tecnico dall'altra. Ho la profonda convinzione che questa separazione sia sempre necessaria, mentre invece, così come è preventivata in questo articolo questa separazione non avviene. E questo discorso mi sembra più funzionale ad un elemento di mediazione politica, che non ad un elemento di garanzia di autonomia nelle scelte tecniche da parte del tecnico. Ecco perché credo che non sia accettabile questa formulazione, anzi che addirittura sia pericolosa. O, perlomeno, il testo italiano che io ho non dice chiaramente ed in modo preciso e categorico le cose. Comunque, così come è posto, il testo italiano è esplicito e preciso e quindi non dá adito a delle false interpretazioni.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola sull'art. 9? Nessuno. Lo metto in votazione: approvato a maggioranza con 3 voti contrari ed un'astensione.

Art. 10

(1) All'art. 41 dell'ordinamento urbanistico provinciale vengono aggiunti i seguenti commi:

"(1) Per facilitare l'osservanza dei rapporti massimi concernenti i paraggi di cui al primo comma, nei piani urbanistici comunali possono es-

sere previste aree destinate alla realizzazione di autosilo. La realizzazione di tali opere può essere affidata mediante convenzione ai privati proprietari delle aree. Nella convenzione deve essere indicato il numero dei posti macchina, comunque non inferiore ad un terzo del totale dei posti macchina di cui si prevede la costruzione, destinati all'uso pubblico. Il residuo numero dei posti macchina può anche essere utilizzato per la realizzazione dei parcheggi prescritti dall'art. 39, qualora la realizzazione di detti posti macchina non sia possibile nelle costruzioni o nelle aree di pertinenza delle costruzioni.

(2) Qualora i privati non provvedano alla realizzazione degli autosilo entro i termini fissati dal Consiglio comunale, il comune può provvedere alla realizzazione delle opere previo esproprio delle aree."

Chi chiede la parola sull'art. 10? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato con 3 voti contrari ed un'astensione.

Art. 11

(1) L'ultimo periodo del decimo comma dell'art. 42 dell'ordinamento urbanistico provinciale è sostituito dal seguente: "Il nuovo volume a scopo residenziale realizzabile nell'area della vecchia sede dell'azienda è sottoposto alle disposizioni sull'edilizia convenzionata di cui all'art. 7 della legge provinciale 3.1.1978, n. 1, e successive modifiche."

(2) All'art. 42 dell'ordinamento urbanistico provinciale si aggiunge il seguente comma:

"Il proprietario di un'azienda agricola sita in zona preordinata all'esproprio può trasferire la propria sede nel verde agricolo purché egli dopo l'esproprio coltivi i rimanenti terreni agricoli. Il trasferimento è ammesso a condizione che i fabbricati rurali vengano realizzati contemporaneamente all'edificio residenziale la cui cubatura non può superare quella dell'edificio espropriato e in nessun caso mc 700."

A questo articolo è stato presentato un emendamento, firmato dai consiglieri Lunger e Costalbano, che dice: "Viene inserito il seguente punto 1/a):

"Il 14° comma dell'art. 42 della legge sull'ordinamento urbanistico viene sostituito dal seguente:

"(14) Gli edifici esistenti nel verde agricolo utilizzati al momento dell'entrata in vigore della presente legge quali aziende produttive del settore secondario i quali ai sensi della legge 20 settembre 1973, n. 38, non sono ancora stati ampliati, possono indipendentemente dalla densità essere ampliati nella misura assolutamente necessaria, in nessun caso tuttavia di oltre il 50% dell'esistente volume produttivo."

Chi chiede la parola su questo emendamento? Nessuno. Lo metto in votazione: respinto a maggioranza con 3 astensioni.

C'è un altro emendamento, sempre firmato dai consiglieri Lunger e Costalbano, che dice:

"Il 15° comma dello stesso articolo viene sostituito dal seguente:

"(15) Edifici abitati esistenti nel verde agricolo la cui cubatura complessiva risulti inferiore a 700 mc possono essere ampliati fino al raggiungimento di tale limite, ove il proprietario abbia la propria residenza permanente in Provincia di Bolzano."

Chi chiede la parola su questo secondo emendamento? Nessuno. Lo pongo in votazione: respinto a maggioranza con 2 astensioni.

Chi chiede di parlare sull'art. 11? Nessuno. Lo metto in votazione: approvato a maggioranza con 4 astensioni.

Art. 12

(1) Costruzioni esistenti nel verde agricolo comprese le zone sottoposte a divieto di edificazione per la tutela del paesaggio, nel verde alpino o nel bosco, destinate ad esercizi alberghieri e ampliati in base alle leggi provinciali 26.3.1970, n. 6, e 20.9.1973, n. 38, devono mantenere la destinazione d'uso; quelli esistenti nel verde agricolo possono tuttavia essere trasformate in abitazioni convenzionate ai sensi dell'art. 7 della legge provinciale 3.1.1978, n. 1, e successive modifiche.

(2) Nel verde alpino è consentito il rilascio di licenze per prestazioni di ristoro nell'ambito di baite, qualora queste prestazioni vengano esercitate quale attività secondaria e costituiscano un incentivo per l'ulteriore conduzione dell'alpe. A tale scopo deve essere sentito l'Assessorato all'agricoltura. La licenza è comunque rilasciata limitatamente al periodo dell'alpeggio.

Chi chiede la parola sull'art. 12? Nessuno. Lo metto in votazione: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

TITOLO II

MODIFICHE ALLA LEGGE PROVINCIALE 20.8.1972, N. 15, E SUCCESSIVE MODIFICHE,
SULLA RIFORMA DELL'EDILIZIA ABITATIVA

Art. 13

(1) Al n. 1 della lett. A) dell'art. 2 della legge provinciale 20.8.1972, n. 15, e successive modifiche, dopo le parole "o l'acquisto di nuove costruzioni a scopo residenziale" vengono inserite le parole "o di costruzioni suscettibili di recupero".

Chi chiede la parola sull'art. 13? Nessuno. Lo metto in votazione: approvato all'unanimità.

Art. 14

(1) Al n. 2 della lett. D) dell'art. 2 della legge provinciale 20.8.1972, n. 15, e successive modifiche e integrazioni, le parole "purché raggiungano

almeno 25 punti" vengono sostituite dalle seguenti: "purché raggiungano almeno 20 punti".

Chi chiede di parlare sull'art. 14? Nessuno. Lo metto in votazione: approvato all'unanimità.

Art. 15

(1) Il primo periodo della lett. E/1) dell'art. 2 della legge provinciale 20.8.1972, n. 15, e successive modifiche e integrazioni, viene sostituito dal seguente: "La concessione di mutui quindicennali per la costruzione o l'acquisto di abitazioni popolari ai sensi dell'art. 6 della legge provinciale 2.4.1962, n. 4, e successive modifiche, a persone fisiche singole o associate in cooperativa, con facoltà del C.E.R. provinciale di riservare alle cooperative fino alla metà dei mutui."

(2) La lett. E/2) dell'art. 2 della legge provinciale 20.8.1972, n. 15, e successive modifiche e integrazioni, viene sostituita dalla seguente:

"E/2) La concessione di contributi quindicennali per la costruzione o l'acquisto di abitazioni ai sensi dell'art. 6 della legge provinciale 2.4.1962, n. 4, a persone fisiche singole o associate in cooperativa, con facoltà del C.E.R. provinciale di riservare alle cooperative fino alla metà dei contributi."

A questo articolo è stato presentato un emendamento, firmato dai consiglieri Stecher, Barbiero e D'Ambrosio, che dice: "Sostituire la parola "quindicinale" con la parola "ventennale".

Chi chiede la parola su questo emendamento? Consigliere D'Ambrosio.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, mi pare che sia ovvio il motivo per cui noi abbiamo ritenuto opportuno presentare alcuni emendamenti, tra cui questo. L'obiettivo è stato sufficientemente illustrato in sede di discussione generale, ivi compresa anche la relazione di minoranza che ci siamo permessi di presentare rispetto a questa legge ed è che la riduzione dei mutui da ventennali e quindicinali, un periodo di durata ridotta, altro non significa che un'elevazione secca di un terzo di quello deve essere rimborsato da parte di chi ottiene il mutuo medesimo. Noi riteniamo che questo non sia una facilitazione per coloro i quali intendono concorrere alla soluzione del problema casa tramite questo meccanismo, ma anzi sia una cosa che possa pregiudicare, in certi casi, l'acquisto della casa. Noi non abbiamo fatto calcoli precisi, ma va da sé, come bisogna semplicemente comprendere che un terzo in più significa, che se uno paga 300 mila lire di mutuo, pagherà subito a 400 mila, perché deve rimborsare in un periodo ridotto di un quarto e quindi aumenta di un terzo il mutuo medesimo. Ecco per quale motivo noi riteniamo di presentare questo emendamento, ritenendo opportuno lasciare la forma tuttora vigente dei mutui a durata ventennale, altrimenti sono elementi che

si sovrappongono alle ulteriori restrizioni in un campo dove già esse sono troppe e pesanti.

Ecco perché riteniamo che l'emendamento debba essere accolto per ripristinare la durata ventennale, anziché quindicinale.

BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, geförderten Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Ich glaube, es ist schon gesagt worden, aber bitte, ich wiederhole es kurz. Die Bodenkreditanstalt, welche ja die Hauptkreditgeberin ist, ist nicht mehr in der Lage, 20-jährige Darlehen auszugeben, weil das Bankensystem, welches die Pfandbriefe zeichnet, welche wiederum die Mittel der Bodenkreditanstalt erbringen, finanzieren, eben keine Pfandbriefe, keine Obligationen unterzeichnet mit mehr als 15 Jahren bzw. ist heute die Norm 10 Jahre. 15 Jahre ist schon irgendwie ein Überschreiten der Norm. Dem müssen wir auch Rechnung tragen. Aber, wie immer dem sei, trotz dieser Erhöhung sind wir noch bedeutend unterhalb dem Staat. Der Staat verlangt für ein Darlehen, für das Darlehen, für die Minderbemittelten und wo die Einkommensschwelle niedriger ist als unsere, die ist um die 6 Millionen herum, verlangt er nicht nur die Rückzahlung des Darlehens, sondern mindestens 6,5% Zinsen, wobei beim Staat das Darlehen selbstverständlich ausmacht, höchstens 44 Millionen für Bau und höchstens 33 Millionen für die Sanierung, für die Wiedergewinnung, während wir hier heute, es kann sich nach Aufwärts ändern, ein Darlehen geben für Bau von 102 Millionen. Also, wir sind trotz dieser Erhöhungen, sowohl was das Ausmaß des Darlehens betrifft, bis zu 102 Millionen gegenüber 44 vom Staate, sei es, was die Verzinsung betrifft, wir verlangen für die erste Einkommensstufe keinen Zins. Der Staat verlangt einen Mindestzins, abgesehen von der Abzahlung, von 6,5%. Also, da kann man bestimmt nicht sagen, daß in der Provinz Bozen, in Südtirol die Bedingungen gegenüber dem, was in ganz Italien gang und gäbe ist, schlechter sind. Im Gegenteil, sie bleiben immer noch radikal vorteilhafter als anderswo.

COSTALBANO (NS-NL): L'Assessore Benedikter cita spesso le cifre e sicuramente saranno cifre vere. Non ho motivo di mettere in discussione quanto affermato dall'Assessore, però, dimentica che ci sono altre cifre da dire. Da quello che mi risulta nel vicino trentino il costo di un appartamento è all'incirca poco più della metà di quello che costa in Alto Adige. Allora, tutto il suo ragionamento va a finire in niente, perché si possono fare i mutui anche di dieci anni, se il costo di un appartamento è di 40 milioni, ma quando il costo di un appartamento di 100 metri, per l'edilizia agevolata, comincia ad aggirarsi attorno ai 120 o 130 milioni, Lei Assessore, mi deve dire con quale possibilità, uno che accede un mutuo, può arrivare a questo tipo di rimborso? Assessore benedikter, bisogna essere seri in queste cose e quando si cita una cifra bisogna citare anche l'altra, perché altrimenti si distorce la verità e la realtà delle cose. Non si può utilizzare queste argomentazioni per sostenere la pro-

pria posizione, perché diventa una posizione estremamente scorretta sul piano politico.

FRANZELIN-WERTH (Sekretär - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Es ist sicher eine Diskussion wert, die Herabsetzung auf 15 Jahre. Ein Punkt ist sicher der, den Landesrat Benedikter angeschnitten hat, aber wir wissen alle, daß, was die erste Einkommenskategorie betrifft, das Geld aus dem Rotationsfonds kommt und sicher dort wir entscheiden könnten. Aber wir haben nun, ich meine, ursprünglich haben wir auch alle keine Freude mit der Reduzierung auf 15 Jahre gehabt, aber wie jetzt die Dinge liegen, glaube ich, haben alle jene, welche ab 1. Juni angesucht haben, von dieser Situation Kenntnis genommen und jeder, der ein Ansuchen gestellt hat um ein Darlehen, nicht in der Höhe von 100 Millionen, wie vorhin gesagt worden ist, sondern maximal 80 bzw. bei Kauf 96, weiß, daß er das Geld in 15 Jahren zurückzahlen muß mit dieser Belastung. Von daher glaube ich, ist es müßig, wenn wir jetzt noch darüber diskutieren. Ich glaube, daß wir, ob es wir sind oder die nächsten, die in diesem Hohen Hause in der nächsten Legislaturperiode zu bestimmen haben, werden sich unter Umständen, so hoffen wir, daß es sich im Rahmen haltet, sicher darüber unterhalten müssen, inwieweit Härtefälle dann auch eine Unterstützung bekommen müssen, wenn sie aufgrund ihres Einkommens tatsächlich die Rückzahlungsbelastungen nicht mehr tragen können. denn rein rechnerisch wäre es längst schon nicht mehr gegangen, wenn jemand ein Einkommen von 10 Millionen, steuerbares Einkommen hat, der sucht um die Wohnbauhilfe an, bekommt ein Darlehen von 80 Millionen, hat wahrscheinlich zwei Kinder, sonst hat er die Punkte nicht zusammenbekommen und muß an 5.200.000 zurückzahlen, heizen muß er auch in unseren Breitengraden, und dann frage ich, ob noch Milch und Brot herauschaut. Ich wundere mich im Moment noch, daß überhaupt jemand diese Belastung tragen kann. Die Tatsache aber, daß wiederum 1.160 Gesuche eingegangen sind, in Kenntnis dieser Voraussetzungen hoffe ich doch, daß die einen und die anderen doch gerechnet haben, daß in absehbarer Zeit nicht alles zusammenbricht.

PRESIDENTE: Avrei voluto dire anch'io qualche cosa su questo argomento e mi dispiace dover parlare dal banco della Presidenza. Lascio quindi la parola al collega D'Ambrosio.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, non Le mancherà l'occasione per parlare. Comunque, desidero non solo ribadire quello che noi abbiamo detto anche alla luce della discussione, ma dalla stessa, cogliere l'occasione per fare altre brevissime considerazioni.

Primo: concordo con quanto ricordava poco fa Costalbano, il quale dice non dimentichiamo che i nostri mutui hanno criteri diversi da quello dello Stato, in questo caso fasce più ampie, ma non dimentichiamoci che esistono situazioni diverse per quanto concerne il mercato dell'edilizia. Ad esempio i colleghi, comunque l'opinione pubblica, è informata di alcu-

ni annunci che ripetutamente la stampa locale riportava, che dicevano acquistate a Rovereto, nel trentino o in altre località, due appartamenti con i quattrini che in provincia di Bolzano sarebbero appena sufficienti per acquistarne uno. Era evidentemente una agenzia immobiliare, ma che la dice lunga su una vicina provincia, dove, per motivi diversi, già il costo totale dell'intero alloggio è diverso. Ecco una prima considerazione che giustamente va tenuta nel debito conto.

La seconda, che desideravo qui rammentare ancora una volta, è che l'argomentazione sviluppata dalla collega Franzelin non convince né politicamente, né giuridicamente. Infatti non fa testo, rispetto a coloro i quali hanno presentato domanda il primo di giugno, una informazione non si sa bene da chi fornita, che anticipava loro che si modificava la legge. Non conta nulla. Coloro che hanno fatto domanda, dal punto di vista strettamente giuridico e formale, hanno fatto domanda con i moduli compilati in base alla legislazione vigente, che parla di mutui di durata ventennale. La Giunta può certo deliberare, ma solo in base alla legislazione vigente. Dal punto di vista dell'informazione è come dire tu vai in pensione, però sappi che il Governo intende eliminare le pensioni. E' un assurdo chiaramente, ma si può anche dire. Infatti adesso si dice che 900 mila dipendenti pubblici vogliono svignarsela prima di perdere determinati diritti acquisiti. Ma il discorso non è questo. Ciò che fa testo è la legislazione in vigore nel momento in cui uno fa dei determinati atti. Questo lo dico per ribadire che non si deve dare adito ad una diversa interpretazione e neanche ad un contenzioso, perché uno che fa la domanda in cui termini, in quel periodo, non può vedere sottratta e modificata la condizione per la quale ha concorso.

Terza ed ultima considerazione: che cosa comporta, lo abbiamo già compreso, però qui mi pare che esista una contraddizione, che alcuni colleghi vogliono fare gli struzzi, nascondendo la testa sotto la sabbia. La collega Franzelin ha detto che la stragrande maggioranza continua a dimostrare di appartenere alla prima fascia di reddito. Ma colleghi, non so se queste famiglie sono del tutto particolari, diverse dalle nostre e soprattutto diverse dalla mia, che cito. Allora, per ottenere il mutuo, a tasso di interesse zero, bisogna dimostrare di avere un reddito di 11 milioni netti, già depurato di tante altre cose. Ora, da questi 11 milioni circa vanno detratte le rate del mutuo, eventuali tasse, le spese di condominio (presumo che funzioneranno i riscaldamenti), questo nucleo familiare deve alimentarsi, vestirsi e fare una vita più o meno normale. Allora, dato che tutti noi siamo in grado di fare dei conti, mi pare che ci sia qualche cosa che non funzioni. Ma noi, questo qualche cosa che non funziona, lo aggraviamo imponendo un aumento del 33% secco, travaso da ventennale a quindicinale, della rata. Questo vuol dire incentivare la gente a fare carte false, perché non mi risulta che coloro i quali ottengono il mutuo, dall'oggi al domani, potranno certo fare dei risparmi dove potranno, ma non mi risulta che ci sia un aumento spaventoso dell'uso del pane e della cipolla. Allora, qui non possiamo convincerci delle cose che

non tornano in casa nostra e se non tornano in casa nostra, presumo che non tornino molto neppure in casa altrui. Infatti, formule magiche per vivere decorosamente senza spendere non sono state ancora inventate, nonostante la fertilità della fantasia da parte della gente. Allora, anche per questa ulteriore considerazione, diciamola pure di ordine generale, se vogliamo anche di correttezza, di credibilità, dei dati presentati, non possiamo alimentare una cosa di questo genere.

Dunque, non solo non convincono alcune argomentazioni, ma direi che alla lunga si dimostrano così deboli e contraddittorie da alimentare l'opposto di quello che noi vogliamo dai cittadini e chiediamo una trasparenza di tutte le cose, soprattutto attinenti alla sfera pubblica.

Noto, ultimissima considerazione, che l'autonomia speciale della Provincia autonoma di Bolzano o di Trento, o comunque la competenza primaria, dovrebbe distinguersi proprio rispetto le norme vigenti sul piano nazionale, anche in questa circostanza, dicendo che proprio in virtù dell'autonomia noi ci distinguiamo rispetto al resto del paese, ritenendo di facilitare l'acquisizione di un alloggio, anche tramite questi mutui, tramite queste facilitazioni, che comunque nessuno regala. Ricordo che siamo in un periodo assai difficile, di crisi economica che si ripercuote anche verso queste famiglie e non so se tutti, con serenità, affrontano una scadenza di questo genere. Chiediamoci che cosa significa affrontare un fardello di questo tipo, un onere di questa entità. Questo volevo dire per aggiungere che una copertura sociale dell'ente pubblico, in direzione dei problemi più acuti, come quello della casa, dovrebbe comportare un non peggioramento delle condizioni vigenti per l'acquisizione di un alloggio. Cioè, mi sembra che si vada un po' contro corrente, anziché facilitare l'acquisizione, noi la rendiamo più difficile, aggiungendo difficoltà a quelle già esistenti e comunque scoraggiando di fatto, perché di fronte a questo onere, molti credo che siano indotti a riconsiderare la scelta che intendevano prendere.

PRESIDENTE: Anch'io mi permetto di dire alcune cose su questo emendamento, perché faccio parte del CER. La realtà, collega D'Ambrosio, è che non ci si rende conto del perché persone che hanno un reddito che può arrivare in realtà fino a 17 o 18 milioni, per rimanere nella prima fascia, perché dai 18 milioni bisogna calare un milione a testa per ogni familiare a carico e poi calcolare il 75%. Quindi, gli 11,9 milioni sono di un reddito in busta paga attorno ai 15 milioni. Ma questo non sarebbe sufficiente a spiegare il mistero di una persona che si imbarca in un debito di 80 o 90 milioni, che deve averne già 25, e viene accorciato il periodo di restituzione del denaro. La questione è che indubbiamente nel resto del paese, quando parlo con altri colleghi di altre regioni, mi hanno detto che da loro una facilitazione di questo genere non esiste nel territorio nazionale, cioè, dare del denaro allo 0% di interesse non c'è nessuno che lo dia. Il problema nasce quando si valuta il costo dell'alloggio come ha fatto il consigliere Costalbano. Ma la verità è che 1.150

cittadini di entrambi i gruppi linguistici e di diversa condizione sociale hanno fatto la domanda e per fare la domanda bisogna premunirsi di un preliminare di un contratto d'acquisto, il che vuol dire che quando si fa domanda si ha già un impegno scritto con un proprietario qualsiasi. Qui c'è il secondo mistero, perché al proprietario si deve anticipare dai 10 ai 15 milioni di anticipo sull'acquisto dell'alloggio. Allora questo è spiegabile in un solo modo: in genere c'è un certo risparmio, ricorrono a prestiti, raramente di banche, ma di parenti o amici, il momento difficile sono i primi due o tre anni, perché poi ci pensa l'inflazione a sistemare tutto. Mi chiedo spesso come questa gente possa affrontare una spesa di questo genere. Come il collega D'Ambrosio si è posto un sacco di domande, le stesse domande me le sono poste anch'io, di fronte a realtà di questo tipo. Ma come si può affrontare un debito di 80 milioni con uno stipendio di 800 mila lire. Io dico a questa gente che sono matti da legare, che vanno incontro a dei pensieri e a delle preoccupazioni grossissime. Quasi sempre mi si risponde che o tramite risparmi, aiuto di parenti, di qualche buon anima, si riesce ad affrontare questa difficoltà. Oppure, anche in questo caso, entra in gioco l'economia sommersa. Quello che fa le 8 ore alla Lancia e poi va in officina alla sera a fare altri lavori. Altrimenti non è spiegabile e non è spiegabile soprattutto passare dai venti ai quindici anni, perché, come ho dimostrato, significa aumentare di un quarto il costo mensile.

Avrei preferito che questa diminuzione degli anni valesse solamente per quelli della seconda o terza fascia, perché è lì che si va a mutuare il denaro con le cartelle, mentre quelli della prima fascia ricevono il denaro attraverso il fondo di rotazione. Le cartelle entrano in gioco per quelli della seconda e terza fascia, che possono avere un reddito fino a 26 milioni. Mi lascia poi perplesso l'effetto retroattivo; anche se nei moduli della domanda di mutuo c'era scritto che gli anni erano 15, in effetti qui ci troviamo con l'effetto retroattivo. Ma le leggi valgono fino a quando non vengono modificate, ma non possono avere effetto retroattivo, soprattutto quando si tratta di una questione come questa che mette in difficoltà l'utente. E' chiaro. Ha fatto i suoi conti già nei mesi febbraio o marzo 1983, e poi si trova a settembre e ottobre con le regole del gioco cambiate, anche se c'era già un avvertimento, ma un avvertimento non è sufficiente a modificare la legge. Io voto questo emendamento, ma avrei preferito che fosse rivolto per la prima fascia. Per la prima fascia lasciare i vent'anni, per la seconda e terza fascia portare pure a quindici anni i termini del mutuo, dato che sono fasce con un reddito molto più alto.

Ho voluto dare questa spiegazione, e mi spiace averla fatta da questo posto, perché tutte le domande che si sono poste i consiglieri su questo argomento me le sono poste anch'io, ma non sono riuscito a trovare altre spiegazioni di quelle date in Consiglio. Qui c'è gente che presenta il modello 101, e non il modello 740. Quindi, queste persone che hanno richiesto il mutuo sono controllabili, come reddito, fino all'ultima li-

ra, tranne l'ultima parte di economia sommersa o lavoro nero. Mi sembra che avendo portato la prima fascia dai venti ai 15 anni, non solamente per l'effetto retroattivo, ma per l'effetto reale si sia messo in difficoltà questa gente. Forse faranno ugualmente questo debito, senza averci riflettuto molto, forse si troveranno un giorno in difficoltà. Questo non lo so, ma certo i primi anni si troveranno in difficoltà.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): La domanda è chiara e parla di ammortamento del mutuo stabilita in anni venti.

PRESIDENTE: Ma c'era una carta che modificava la durata in quindici anni.

La parola all'Assessore Benedikter.

BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, geförderten Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Was die Rückwirksamkeit betrifft mache ich darauf aufmerksam, daß das heutige Gesetz, Art. 6 des sogenannten Kleinsparergesetzes vom 2. April 1962, Nr. 4, Art. 6, zweiter Absatz, sagt: die Höchstdauer des Darlehens wird festgesetzt für den Bau und für den Kauf in 20 Jahren und für die Wiedergewinnung in 15 Jahren. Also spricht von Höchstdauer, so daß auch schon im bestehenden Gesetz eine geringere Dauer des Darlehens zulässig ist, so daß man nicht von Rückwirksamkeit sprechen kann. Es bleibt dabei, daß für die erste Einkommensstufe ja kein Zins eingeführt wird. Die 6,5% anstelle der 5% sind eine Folge Herabminderung der Dauer des Darlehens von 20 auf 15 Jahren, nicht die Einführung eines Zinses. Costalbano sagt, schaut hinunter, die 50 km nach Trient. Also, dort sind die Wohnungen bedeutend billiger. Schauen wir ein bißchen weiter hinunter, schauen wir in die nächste Provinzhauptstadt, nach Verona oder in jede Provinzhauptstadt, wo Sie wollen. Lassen wir die Metropolen beiseite, ein Mailand, ein Rom, ein Florenz usw., dort sind die Wohnungen annähernd gleich teuer wie bei uns in Südtirol. Also, insofern bleibt es dabei, daß anderswo 44 Millionen angeboten werden und wir bieten 100 Millionen zinsfrei an.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Metto in votazione l'emendamento: respinto a maggioranza con 6 voti favorevoli ed un'astensione.

Chi chiede di parlare sull'art. 15? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 5 voti contrari ed un'astensione.

Art. 16

(1) La lett. F) dell'art. 2 della legge provinciale 20.8.1972, n. 15, e successive modifiche; è sostituita dalla seguente:

"F) La concessione di mutui e contributi quindicennali ai sensi dell'art. 6 della legge provinciale 2.4.1962, n. 4, per il recupero della propria abitazione, purché sia garantito il recupero dell'intero edificio. Per

interventi di manutenzione straordinaria da parte di proprietari il cui reddito non supera il limite indicato al n. 1, rispettivamente n. 2, rispettivamente al n. 3 dell'art. 6/bis della citata legge, può essere concesso un contributo del 50, rispettivamente del 40, rispettivamente del 30% della spesa riconosciuta fino ad un importo non superiore al 60% del costo di costruzione come definito al terzo comma dell'art. 2 della legge provinciale 3.1.1978, n. 1, e successive modifiche, riferito alla superficie lorda dell'abitazione, senza tener conto del costo dell'area e del contributo di urbanizzazione. Per maggiori spese dovute all'osservanza di vincoli imposti ai sensi delle norme per la tutela e la conservazione del patrimonio storico, artistico e popolare, nonché di quelle sulla tutela del paesaggio l'importo del contributo è aumentato del 25%."

Anche a questo articolo 2 è stato presentato un emendamento firmato dai consiglieri D'Ambrosio, Stecher e Barbiero, che dice: "Sostituire la parola "quindicinale", con la parola "ventennale".

Chi chiede la parola? Consigliere D'Ambrosio.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Anche per questo emendamento valgono le stesse argomentazioni fatte prima.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola sull'emendamento? Nessuno. Lo metto in votazione: respinto a maggioranza con 5 voti a favore e 1 astensione.

Chi chiede la parola sull'art. 16? Consigliere signora Franzelin.

FRANZELIN-WERTH (Sekretär - SVP): Herr Präsident! Ich bitte, bei diesem Artikel effektiv den deutschen Text zu ändern, weil er ganz etwas anders aussagt, als der Text im italienischen, denn hier geht es um die Wiedergewinnung und daß alle einen Verlustbeitrag bekommen, auch wenn es sich um Wiedergewinnung handelt, nicht nur bei außerordentlicher Instandhaltung und alle drei Einkommenskategorien. Wenn ich den Wortlaut des deutschen Textes hernehme, kann ich als Verlustbeitrag maximal 82 Millionen bekommen, hingegen im italienischen Text und ich glaube, daß es im Sinne des Gesetzgebers sicher ist, daß der Höchstbetrag der anerkannten Kosten die 82 Millionen sind, denn hier steht, 30% der als zulässig anerkannten Ausgaben gewährt bis zu einem Höchstbetrag von 60% der Baukosten. Und das ist ganz etwas anderes als im Höchstmaß der anerkannten Kosten. Also, ich bitte darauf zu achten, daß bei der Veröffentlichung des deutschen Textes dem Rechnung getragen wird, weil es ganz etwas anderes heißt.

LUNGER (PDU): Damit bin ich nicht einverstanden, daß bei der Veröffentlichung richtiggestellt wird, sondern jetzt. Deswegen möchte ich den Herrn Präsidenten ersuchen, die Sitzung so lange zu unterbrechen, bis wir

den richtigen Text auch in deutsch hier haben, denn das geht einfach nicht an, daß der deutsche Text anders ist als in italienisch; wenn auch hier der italienische Text verlesen wird, so ist es doch meine Praxis, daß ich hier meistens den deutschen Text lese. Das ist wohl unser gutes Recht, denn sonst bräuchten wir keinen deutschen Text. Dewegen beantrage ich und bestehe darauf, daß jetzt und sofort der deutsche Text dem italienischen Text angepaßt wird und beantrage, daß eben so lange die Sitzung unterbrochen wird.

PRESIDENTE: Non sono in grado di stabilire se il testo tedesco corrisponde o meno a quello italiano.

La parola al consigliere Kaserer.

KASERER (SVP): Herr Präsident! Ich glaube, daß wir mit den anderen Artikeln inzwischen weitergehen und diesen Artikel nicht abstimmen und inzwischen die Formulierung ausbessern, aber nicht die Sitzung unterbrechen.

PRESIDENTE: Va bene, facciamo così! Sospendiamo la trattazione dell'art. 16 e nel frattempo si corregga la versione tedesca.

LUNGER (PDU): (Unterbricht)

PRESIDENTE: Mi scusi, Lei ha già detto cosa non corrisponde? Perché se Lei dice che il testo non corrisponde, deve anche dire in che modo deve essere corretto.

LUNGER (PDU): Herr Präsident! Ich habe jetzt nicht kontrolliert, was nicht stimmt, weil ich den deutschen Text gelesen habe. Die Kollegin Franzelin hat erklärt, daß im italienischen Text etwas anderes steht. Nachdem aber dann offiziell nur der italienische Text gilt und nachdem noch zugegeben worden ist, daß er nicht entspricht, bestehe ich darauf, den in deutsch zu bekommen, so wie er dem italienischen Text entspricht. Das muß nicht ich einbringen, sondern diejenigen, die das Gesetz vorgelegt haben.

PRESIDENTE: Va bene, sospendiamo la trattazione dell'art. 16, in attesa che il testo tedesco venga reso uguale a quello italiano.

Art. 17

(1) La lett. G) dell'art. 2 della legge provinciale 20.8.1972, n. 15, e successive modifiche, é sostituita dalla seguente:

"G) Interventi per il recupero del patrimonio edilizio esistente mediante la concessione:

a) di contributi ai sensi dell'art. 24 della legge provinciale 20 agosto 1972, n. 15, e successive modifiche, ai proprietari che assumono per

- le abitazioni recuperate gli impegni di cui all'art. 7 della legge provinciale 3.1.1978, n. 1, e successive modifiche;
- b) di contributi ai comuni ai sensi dell'art. 23 della legge provinciale 25.11.1978, n. 52, e successive modifiche."

La parola al collega Costalbano.

COSTALBANO (NS-NL): Signor Presidente, signor Assessore, questo pomeriggio, nell'entrare in aula, ho trovato sul banco una lettera accompagnatoria con una parte di uno studio inviataci dall'Associazione industriali della provincia di Bolzano. Visto che stiamo entrando in articoli che specificatamente riguardano il risanamento ed il recupero edilizio, si potrebbe prendere in considerazione lo studio che esamina ed approfondisce tutto questo problema. Sarebbe certo anche interessante conoscere l'opinione della Giunta rispetto alle indicazioni contenute in questo studio. Da parte mia, anche se non mi sembra di poter condividere nell'immediato, penso che si dovrà prendere in considerazione questo studio, perché solleva dei problemi che non possono essere emarginati dal dibattito. Mi riferisco in particolare a tutta la posizione del risanamento, che è legata all'entità del risanamento stesso e quindi anche ad una eventuale possibilità di rilancio dell'industria delle costruzioni. Quindi, la portata di questa cosa non è secondaria, perché su questo ci sono delle attese ed anche prese di posizioni. Quella dell'Associazione industriali ritiene che stante la normativa proposta circa il recupero, il recupero stesso avrà una funzione estremamente limitata anche in rapporto all'impegno di dare un incentivo, o per lo meno, di dare la possibilità ad un'industria, come quella delle costruzioni in crisi, di dare una possibilità di sbocco. La valutazione complessiva dell'Associazione industriale è proprio che l'attuale normativa non garantisce la possibilità di rilancio dell'industria delle costruzioni, proprio perché l'entità della legge sul recupero è estremamente limitata. In questo studio si fanno anche delle proposte, che da una lettura così limitata non si possono prendere in considerazione. Comunque sono senz'altro delle posizioni interessanti che vanno approfondite e credo che proprio tutto il problema del risanamento, che è un problema che va attentamente seguito e studiato per le implicazioni che ha, debba essere attentamente studiato.

BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, geförderten Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Es ist klar, daß die Industriellen diese Wünsche nicht erst jetzt geäußert haben, sondern schon früher, und daß sich sie jetzt neuerdings äußern und an die Landtagsabgeordneten diese sogenannte "osservazione" in italienisch verteilt haben, nachdem ihnen nicht in allen ihren Wünschen entsprochen worden ist. Es ist nicht das erste Mal, daß sie sagen, es braucht mehr Geld, man soll mehr Beitrag geben. Wir sind eben der Ansicht, daß hier schon die größtmögliche Anstrengung gemacht wird. Vielleicht, wenn wir vergleichen, für die zweite Ein-

kommensstufe sind ein bereinigtes Einkommen von 16 Millionen wird entweder ein Darlehen gewährt, 75% der anerkannten Ausgaben, nie mehr als 60% der gesetzlichen Baukosten von höchstens 82.176.000 oder ein Verlustbeitrag für die außerordentliche Instandsetzung von 32.870.000. Ein Verlustbeitrag von runde 33 Millionen pro Wohnung. Der Landtag soll beurteilen, ob das nicht immerhin trotz allem ein Beitrag ist, der tatsächlich ins Gewicht fällt. Also, runde 33 Millionen, wobei der Staat, wir dürfen vergleichen, der Staat gibt für die Sanierung ein Darlehen von höchstens 33 Millionen und wir geben bei der zweiten Einkommensstufe, wie gesagt, das sind runde, von der Steuer bereinigt, sind 16 Millionen, geben entweder das Darlehen von 82 Millionen oder einen Verlustbeitrag von 33 Millionen. Bei der dritten Einkommensstufe, wo das Einkommen die 20 Millionen erreichen kann, besteuert 26,6 Millionen sinkt das Darlehen pro Wohnung auf 24.652.000 nach dieser neuen Regelung. Ich frage euch, ob diese Beiträge, nicht das Darlehen, es sinkt der Verlustbeitrag von 33 auf 24.652.000. Das Darlehen bleibt immer bei 82.176.000. Für die Sanierung einer Wohnung. Ich frage euch, ob das nicht an sich, unabhängig jetzt, Vergleich mit dem übrigen Italien, ob das nicht ein Beitrag ist, der schon ins Gewicht fällt und der schon für die Sanierung als solche einen nennswerten, einen ins Gewicht fallenden Anreiz bieten kann.

COSTALBANO (NS-NL): Forse l'Assessore non ha letto l'ultima comunicazione dell'Associazione industriali. Il problema non tanto quello dell'entità dell'investimento, quanto del modo con cui questo investimento può avvenire. Cito la parte finale di tutto il documento: "Il quadro fin qui descritto, evidenzia come si sia di fronte a due scelte, una che porta alla differenziazione a disincentivare gli investimenti ed una che porta ad attivare gli interventi, che non consentono un recupero con fini sociali. Emerge quindi la necessità di affrontare la questione sotto l'aspetto economico-sociale in modo unitario, andando verso il coinvolgimento dei capitali privati in operazioni di risanamento indirizzate al potere pubblico. Al punto d) si prospettano quattro prospettive diverse circa la normativa e non solamente l'entità del mutuo da accendere per il risanamento, ipotizzando una soluzione alternativa ed intermedia, rispetto alle precedenti, si presenta come un'ipotesi di intervento contrattato tra operatore pubblico e privato".

Qui c'è una tesi molto importante che dice che l'intervento della Provincia è talmente vincolato e ristretto, che non consente un'elasticità di interventi, proprio perché non consente alcuna contrattazione. Sono dei limiti talmente rigidi per cui non è prevista la possibilità di un intervento dei comuni sui piani di recupero, che diano la possibilità di una contrattazione. Ho dei dubbi circa queste possibilità, ma visto che l'assessore Benedikter, in altri articoli, ha fatto in modo di facilitare l'intervento del privato, come sulla questione dei parcheggi, non vedo come nei recuperi non sia stato affrontato questo problema, proprio nel senso di dare una normativa che consenta una maggiore elasticità. Con

questo non voglio sposare la tesi dell'associazione industriali, ma dico che questa tesi va confutata, se non altro, perché le conseguenze sono di carattere negativo. Però, non sempre una concertazione contrattata ad un certo livello ha carattere negativo: io, che sono della sinistra, su questo terreno ho imparato che molte volte ci possono anche essere risultati positivi, quando l'intervento viene fatto in modo corretto. Non mi sento di scartare a priori quanto suggerito dall'Associazione industriali.

MITOLO (MSI-DN): Signor Presidente, proprio per ribadire quanto sostenuto dal consigliere Costalbano. Non nego il valore delle possibilità offerte dalla legge provinciale. Condivido senz'altro che rispetto alla legge statale noi abbiamo delle posizioni molto più valide. Questo studio che ci è stato presentato, è vero che arriva un po' tardi, visto che manca mezz'ora alla chiusura della seduta, però, a prescindere dagli interessi della categoria, mi sembra che debba essere valutato con interesse, perché in fondo pone alla nostra attenzione un problema che sta a cuore a tutti. Noi comprendiamo perfettamente che l'associazione industriali si batte per i propri interessi, però, si batte anche con elementi che possono costituire la base per tenere conto e per sviluppare gli interessi di tutta la comunità, in particolare per quanto attiene al problema delle zone di recupero ed ai problemi connessi con il risanamento delle vecchie abitazioni. Noi sappiamo, per averne discusso diverse volte, che a Bolzano in modo particolare, ma anche nelle altre cittadine della Provincia, questo problema è particolarmente sentito, in un momento in cui difendiamo con le unghie e con i denti quel po' di terreno che è a disposizione per lo sviluppo delle città e dei paesi. Quindi, se possiamo valutare con almeno 24 ore di tempo lo studio che ci è stato presentato, credo che non andiamo ad inficiare certamente la legge che stiamo discutendo. Voi vi siete riuniti ed avete rinviato di un'ora la seduta perché dovevate concordare su qualche questione. Penso che sia apprezzabile che andiate ancora a scavare per trovare il modo migliore per venire fuori da certe situazioni. Penso che non ci sarebbe niente di strano che potessimo sospendere la seduta per riprenderla martedì, dopo aver valutato questa nota dell'associazione industriali, che non credo sia da mettere in un cestone, anche perché questo studio del CENSIS è stato completato in questi giorni e quindi non è neppure stato discusso con la Giunta.

Sono d'accordo che quanto dice la legge meriti rispetto e considerazione, però se potessimo valutare queste proposte nel loro insieme non faremo niente di male. In definitiva si perdono 25 minuti e non è poi questo tempo eccezionale, che non sposta granché. Sull'articolo come tale non avrei molto da aggiungere, senonché questo studio, mi fa pensare che valga la pena di sospendere la seduta. Chiedo quindi espressamente al signor Presidente, che ci consenta di esaminare questo documento, perché martedì poi se ne traggano le debite conclusioni.

PRESIDENTE: Qui, a forza di rinviare per un motivo o per l'altro, non si va più avanti.

MITOLO (MSI-DN): Ma scusi, è stata ritardata l'apertura della seduta per valutare problemi della Giunta, ma anche noi abbiamo diritto di fare le nostre valutazioni.

PRESIDENTE: Di che data è questo studio?

MITOLO (MSI-DN): Di oggi, la lettera è stata distribuita nel primo pomeriggio.

PRESIDENTE: Allora, sospendiamo la trattazione dell'art. 17, e continuiamo con la trattazione dell'art. 16, di cui è stato modificato il testo in lingua tedesca.

LUNGER (PDU): Herr Präsident! Wenn Sie dem Antrag stattgeben, dann brauchen wir auch den Art. 16 nicht machen, weil auf diese beiden Artikel bezieht sich das. Es sind beide Artikel, die die Wiedergewinnung betreffen. Also, entweder wir lassen alles oder wir machen einfach weiter. Es hat keinen Sinn, daß wir jetzt den Art. 16 abschließen und das durchstudieren, denn wenn, dann betrifft das beide Artikel.

PRESIDENTE: Ma non si può continuare a cercare dei pretesti. L'art. 16, è stato sospeso perché il testo tedesco non corrispondeva al testo italiano. Adesso l'ultima richiesta si riferiva solo all'art. 17. C'entra l'art. 16, con ciò che diceva il consigliere Mitolo?

La parola al consigliere D'Ambrosio.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Sono particolarmente rispettoso delle prerogative anche linguistiche, però purtroppo la discussione avviene sulla lettura del testo in lingua italiana. Già in Commissione i colleghi hanno rilevato un certo scarto, per alcuni passaggi, tra il testo in lingua tedesca ed il testo in lingua italiana. Però, adesso che il testo in lingua tedesca non sia corrispondente sarà compito credo di chi ha da stendere la legge.

PRESIDENTE: Infatti, l'art. 16 è stato sistemato, come è stato chiesto, proprio per renderlo uguale al testo in italiano.

LUNGER (PDU): Ich möchte dazu schon sagen, daß das nicht unsere schuld ist. Das ist unser Recht. Die Schuld ist es vom Vorbringer, daß deswegen der Art. 16 aufgeschoben worden ist. Ich möchte schon klarstellen, daß nicht dann herauskommt, weil da wieder einige kleinlich werden, geht es nicht weiter.

PRESIDENTE: Collega Lunger, mi é stato chiesto di sospendere l'art. 16, per correggere il testo e per nessun altro motivo. Apro quindi la discussione sull'art. 16. La parola al consigliere Mitolo.

MITOLO (MSI-DN): Una cosa che mi preme valutare é questo. Noi diamo concessione di mutui e contributi quindicinali, ai sensi della legge provinciale 2 aprile 1964, per il recupero della propria abitazione, purché sia garantito il recupero dell'intero edificio. Bisognerebbe valutare anche, se il recupero dell'abitazione esistente é economicamente valido. Non é che noi dobbiamo fare dell'opera di beneficenza. Noi dobbiamo renderci conto se questo tipo di attività, in sostanza, da un punto di vista strettamente economico risulta vantaggioso, utile, valido, nell'interesse urbanistico generale. Detto cosí si lascia la libertá massima e può anche darsi che non valesse la pena di recuperare certi edifici e certe abitazioni. Capita di dover valutare certi risanamenti nel centro storico, ma nessuno vuole andarci piú ad abitare, perché hanno preso tutti l'abitudine, giustamente, di vivere in zone dove c'è piú sole, piú aria, dove i figli non sono costretti a rimanere negli scantinati o davanti ai negozi per giocare, ma vogliono andare in zone dove c'è del verde. Allora, il discorso, da questo punto di vista, diventa un discorso anche di carattere sociale. Che cosa vogliamo ristrutturare? E' valido il recupero di questi edifici? Chi si preoccupa di valutare e chi da una considerazione di stretto merito? La Giunta provinciale in queste condizioni é costretta semplicemente ad accettare la richiesta di mutuo, la richiesta di contributo. Se poi ci troviamo di fronte ad operazioni in cui i comuni non ce la fanno economicamente a sopportare certi oneri tutto resta praticamente lettera morta ed anche da questo punto di vista mi sembra che questo articolo non sia molto chiaro, ma soprattutto ci siano difficoltà a raggiungere l'obiettivo che si propone.

COSTALBANO (NS-NL): Il problema del costo di un recupero non é certo secondario, proprio perché ci può essere una grossa differenza tra quello che può essere il costo di un recupero ed il valore reale che l'edificio recuperato può avere. Se la differenza é pronunciata e se l'entità di queste differenze cominciano ad essere sostanziose, come quantità distribuita, credo che la legge non abbia la possibilità di camminare, perché gli operatori e proprietari di immobili non fanno degli investimenti dove potrebbero andare in perdita anche al di lá dell'intervento della provincia. Non so se é stata fatta una valutazione complessiva in ordine a questi problemi. L'Assessore Benedikter, nella stesura della legge, ne ha tenuto conto, perché ha esaminato i casi in cui il costo della ristrutturazione piú il valore dell'edificio sia molto piú alto di quanto sará il valore dell'edificio ristrutturato. Però, noi non sappiamo, e l'Assessore non ce lo dice, quale é l'entità possibile di questa cosa e se ci sono delle alternative all'interno del piano CENSIS, che ci é stato presentato. Su questo terreno hanno veramente ragione gli indu-

striali a dire che hanno serie perplessità rispetto all'importanza della legge sul risanamento. Se la legge non riesce a decollare sul piano economico, proprio perché non consente alcun vantaggio, ma gioca in perdita, allora scade la validità della legge e quindi anche dell'intervento pubblico.

Assessore Benedikter, tutto il problema dell'urbanistica è difficile ed abbiamo una legislazione estremamente complicata e contorta, sebbene, se nel fare una relazione Lei non indica quali sono i criteri generali con i quali intende affrontare la legislazione, e Lei non li ha indicati, perché la sua relazione è semplicemente una relazione sugli intendimenti articolo per articolo, ma non è in trasparenza il disegno generale di intervento programmato, né sull'edilizia agevolata, né sull'urbanistica. Allora, ci troviamo in difficoltà a capire la portata effettiva della legge. Noi abbiamo avuto un intervento del CENSIS, attraverso l'Associazione industriali, che a mio avviso, e non mi pronuncio circa i contenuti, ma questo intervento è estremamente interessante e porta dei dati seri, fondati, di fronte ai quali l'Assessore non ha saputo rispondere. Questa è una cosa che non è accettabile per un ente pubblico e per un assessore che passa come programmatore di ferro! Programmatore di che? Su che cosa? Su quali questioni di razionalità? Qui la programmazione non esiste, esiste solamente un'improvvisazione di carattere legislativo, dove si arriva a dei livelli di avventurismo legislativo. Non posso riuscire a capire atteggiamenti di questo genere e propongo anch'io di sospendere la seduta. Non doveva essere il Presidente del Consiglio a decidere la cosa, ma Lei Assessore, doveva decidere di farlo di fronte a dei nuovi dati, che possono essere interessanti ed anche proprio rispetto ad una proposta che viene dall'opposizione. Come al solito non è stato dato seguito a questa richiesta e si va avanti così, senza neppure prendere in considerazione questa proposta. Ho qui la sentenza del Consiglio di Stato che dice, riguardo alla legislazione provinciale: "Tipico esempio di una legislazione stratificata, dettata più da impulsi del momento, che non da una ragionata visione di insieme dei problemi da risolvere"! Come si vede dunque, il mio giudizio è corrispondente a quello del Consiglio di Stato. La mia non è una presa di posizione polemica, anche se alle volte posso parlare polemicamente. Il mio intendimento è perché le cose, sul piano legislativo, vengano svolte con un livello di dignità legislativa e non mi sembra che questo livello possa essere riscontrato nella situazione presente.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, ad onor del vero, l'argomento è stato trattato e considerato anche nella nostra relazione di minoranza, specificando che la questione del risanamento, anche alla luce dell'esperienza, è un argomento serio, un argomento che ha una sua finalizzazione articolata sull'uso del territorio, sugli insediamenti urbani, sugli insediamenti di alcune categorie sociali. Certamente ci si può anche sbizzarrire e chi legge riviste, pubblicazioni, specializzate

attorno a questo argomento, naturalmente non avrà che una serie vastissima di argomenti, di spunti, di esempi, e dunque anche di ragionamenti. Ma, in linea di principio, perché dobbiamo sollecitare un'iniziativa più marcata di quanto non sia stato fatto sino ad ora? E mi permetto anche di confutare certe considerazioni che qui il collega Mitolo esprimeva, cioè una sorta di conto e di verifica preventiva. Io dico che, se non al 99%, ma certo con un'altissima percentuale, la prima considerazione che deve spingere ad una politica di risanamento è il risparmio del terreno. Non c'è dubbio, perché quando noi consideriamo quante case sono inutilizzate e pensassimo ad una loro riutilizzazione, già si ha la dimostrazione di che cosa si può fare ai fini del recupero e del mancato consumo del territorio, che da noi poi, in modo particolare è abbastanza pregiato.

Seconda considerazione: non capisco come mai un certo recupero debba avere una determinata reticenza, quando invece se il recupero è adibito ad altri usi, allora va sempre bene. Ovvero, se si sventrano degli edifici o degli appartamenti per farne banche, o certi negozi, o certe attività, va sempre bene, se è per uso abitativo sorgono sempre dei problemi.

MITOLO (MSI-DN): (Interrompe)

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Non è vero che gli inquilini non ci vogliono andare. Gli inquilini, di fatto, vengono sfrattati e cacciati, espulsi, non dico sempre o solo con atti di forza, anche se legalitari, ma con motu proprio. Sarebbe interessante, a questo riguardo, fare una considerazione sugli abitanti del centro storico, a distanza di cinque o dieci anni, per dimostrare come è calata la media. E molte volte sono alloggi non occupati del centro storico, oggi meritevoli di intervento e di recupero. Non parlo solo dal punto di vista storico o artistico, ma proprio dal punto di vista abitativo.

Terza considerazione è dunque il fatto che non possiamo avere, soprattutto nei grossi centri urbani, con un tipo falso di recupero, perché non adibito ad abitazioni, dei quartieri che hanno queste anomalie, se voi in determinate ore della giornata, la sera in particolare, o in certi giorni della settimana, quando attività mercantili ed amministrative sono bloccate, troverete un altro quartiere. Noi però non possiamo avere delle città scomposte, il dormitorio da una parte, l'attività lavorativa dall'altra, ma vogliamo una città, come si usa dire, a misura d'uomo, per cui uno vive ed è residente in un quartiere, ha una serie di servizi che gli consente questo tipo di vita. Noi non possiamo solo fare il conto della serva, per vedere se c'è una convenienza o meno, perché allora prevale la logica che certi edifici si debbono riutilizzare solo per determinate attività, perché c'è una certa resa, più o meno economica. L'insieme del ragionamento porta a dire che noi dobbiamo "d'acchito" essere favorevoli ad un colpo di acceleratore in direzione del recupero e del risanamento edilizio. Poi per recupero molte volte si può intendere ap-

partamenti o edifici disabitati completamente, ma per risanamento dobbiamo anche intendere un appartamento abitato, ma che é in condizioni assai precarie per quanto riguarda i servizi, la luminosità o altre cose che possono giovare ad una vita un po' più decente e decorosa. La memoria mi porta sempre ad accompagnare questi ragionamenti con la concretezza, e la concretezza é sottoposta alla verifica di ciascuno di noi: basti andare in certi edifici, in certe abitazioni, per rendersi conto di quali sono le condizioni di vita, sovente anche malsane, per chi ci abita, comunque ingiuste e la non sopportabilità di una situazione, di un dato di cose, che secondo noi va modificato, anche con l'apporto dell'ente pubblico, nel modo che prima ho cercato di spiegare. Questo, come concezione di fondo, che aiuta a comprendere un problema, semmai troppo poco trattato, e non sufficientemente affrontato anche per disponibilità di mezzi, tant'è vero che oggi come oggi non possiamo dire di avere un bilancio che ci consenta di dire che il giudizio é positivo.

LUNGER (PDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen und daran erinnern, daß ich schon in der Generaldebatte betont habe, daß auf diesem Gebiete, betreffend Wiedergewinnung, Sanierung von bestehender Kubatur, in diesem Gesetz einige Verbesserungen enthalten sind gegenüber der bisherigen Gesetzgebung, Verbesserungen in dem Sinne erstens, daß dadurch jetzt wieder mehr saniert werden kann, mehr getan werden kann, bevor ein bestimmter Plan für eine Zone erstellt bzw. genehmigt ist. Deswegen bin ich noch auf den Durchführungsplan gekommen, weil, ein typisches Beispiel der Steinmannwald Leifers, da war zuerst ein Sanierungsplan, dann wurde er laut den damaligen Übergangsbestimmungen als Wiedergewinnungsplan von der Gemeinde erklärt, dann hat ihn der Staatsrat annulliert und dann ist er noch einmal vom Land zum Durchführungsplan gemacht worden und dann hat der Staatsrat alles zusammen annulliert. Jedenfalls kann also mehr saniert, mehr baulich gestaltet werden bevor ein Plan da ist. Das finde ich deswegen positiv, weil die Erfahrung zeigt, daß teilweise die Pläne Jahre, wenn nicht Jahrzehnte auf sich warten lassen und dann noch nicht funktionieren, bzw. daß es in dem Fall oft sogar besser ist, wenn eben die Möglichkeit der Sanierung ohne Plan größer ist, wenn manchmal vielleicht gar keiner da ist. Jedenfalls sicher ist ein Geständnis des zuständigen Landesrates, daß das bisherige System nicht funktioniert hat, sonst bräuchte man jetzt nach so vielen Jahren ja nicht eine Bestimmung einzufügen, daß ohne Sanierungsplan oder Wiedergewinnungsplan oder Durchführungsplan mehr baulich verändert werden kann als vorher. Wie gesagt, es ist für mich positiv, aber ein Eingeständnis, daß der bisherige Weg so fast oder ziemlich weitgehend Schiffbruch erlitten hat.

Das zweite Positive scheint mir darin zu sein, daß jetzt ein Teil der Kubatur, die bisher Wohnkubatur war, auch für andere Zwecke benützt werden kann. Bisher war es ja so, daß sämtliche bestehende Wohnkubatur als solche saniert werden müßte. Besonders in größeren Orten, in Zentren

geht das einfach nicht, daß man keine Veränderung mehr zuläßt. Das ist nicht tragbar, das geht nicht, das will den Lebensfluß sozusagen archivieren oder sagen wir, an einem bestimmten Punkt blockieren. Das ist nicht möglich, wenn das Leben weitergehen soll. Gewisse Veränderungen müssen zugelassen sein und ich glaube, daß auch das ein positiver Schritt ist. Umgekehrt werden in manchen Orten wieder wahrscheinlich andere Räume, die bisher nicht Wohnungen waren, in Wohnungen umgeändert. Es kommt dann oft auf die neuen Situationen, auf die Infrastrukturen, auf die Ämter, die in der Nähe sind, an usw. ob in einer bestimmten Lage jetzt einmal mehr in Richtung Büros oder Handwerksbetriebe oder Handelsbetriebe tendiert wird oder ob dann an einen anderen Ort die Tendenz umgekehrt geht. Ich meine, ein bißchen Elastizität muß man da schon dem Leben einfach lassen. Wobei die Landesregierung da zwar eine Zeitlang jetzt ganz strenge Kriterien aufgestellt hat und überhaupt, natürlich in bestimmten Fällen, wo es gewissen Herren der Landesregierung stört, meint, auch schon mit Verfügungen und Beschlüssen vorgehen zu können, nur bei sich selber hat sie bisher diesbezüglich beide Augen zugemacht. Wenn man den Palast draußen hernimmt, wo das Assessorat für Landwirtschaft unterbracht ist, dann sieht dort ich möchte fast sagen ein Blinder, daß das ganze Haus für Wohnungen erbaut worden ist. Überall sind noch bei den Türen die kleinen Schirme oben, um zu sehen, wer leuchtet. Das ganze Haus ist als Wohnhaus gebaut worden. Wer hat es zweckentfremdet, Landesrat Benedikter? Herr Landesrat Benedikter, das Land soll einmal bei sich selber, vor der eigenen Tür kehren, denn der Palast von Dr. Durnwalder ist als Wohnhaus gebaut worden, aber das Land hat keine Skrupel, den ganzen Palast zweckzuentfremden und Ämtern zuzuführen und den Wohnungssuchenden zu entziehen. Das Land macht zwar Gesetze, die die anderen einhalten sollten und sie selber sind ja darüber. Nehmen wir das neueste Beispiel, das Stiegl-Center, wo nachher die Baukonzession entsprechend geändert worden ist, wo zuerst viel mehr Wohnungen vorgesehen waren, wo dann das große Geschäft, das Milliardengeschäft gelaufen ist zwischen einer bestimmten Agentur und gewissen Herren. Dann natürlich ist auch das andere gelaufen, indem eben ein Teil der vorgesehenen Wohnungen auf einmal dann Büros geworden sind. So wird gearbeitet. Deswegen, schaut einmal selber, was ihr euch bis jetzt auf diesem Gebiete geleistet habt.

Wie gesagt, auch wenn diese neue Regelung sicher noch nicht die beste ist, aber sie ist, ich gebe das offen zu und möchte das anerkennen, sie ist sicher wesentlich besser als die bisherige.

PRESIDENTE: Prego dare lettura della modifica del testo tedesco in base all'art. 90 del Regolamento.

FRANZELIN-WERTH (Sekretär - SVP): Im deutschen Text wird der Art. 16 des Gesetzentwurfes, der Wortlaut "der als zulässig anerkannten Ausgaben gewährt werden bis zu einem Höchstbetrag von 60% der Baukosten"

ersetzt durch den Wortlaut "der Ausgaben gewährt werden, welche bis zu einem Höchstbetrag von 60% der Baukosten als zulässig anerkannt werden".

PRESIDENTE: E' stato modificato in questo senso il testo tedesco. Il testo dev'essere modificato con votazione: approvato con 2 astensioni.

Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 16: approvato con 4 voti contrari.

La seduta é tolta.

ORE 18.00 UHR